

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



SOZIALE UNGLEICHHEIT

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

7 | August 2008

Soziale Ungleichheit

Auf dem Weg in die "Zwei-Drittel-Gesellschaft"?	4
Ungleiche Verteilung von Lebenschancen	5
Steigende Armutsgefährdung in Kärnten	9
Gesundheitliche Ungleichheit in Österreich	11
Armut und soziale Isolation	13
Managergehälter weiter im Aufwind	15
Wieviel Ungleichheit verträgt das Land?	17
Aufschwung ohne Einkommenszuwachs	20
Globalisierung und Verteilungsgerechtigkeit	22

Spektrum

Eine faire Chance	26
Freiwilligenarbeit in Österreich	27

Buchtipps

29

Veranstaltungen

30

Liebe Leserin, lieber Leser!

Debatten über soziale Ungleichheit waren bislang eher Insidern vorbehalten, in Fachkreisen wird ja schon seit längerem das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich konstatiert. Doch zuletzt erfuhr die Thematik – vor allem in Deutschland, in abgeschwächter Form auch bei uns – eine stärkere öffentliche Beachtung, als extrem hohe Managergagen und Abfindungen bekannt wurden. Unmut erregte vor allem, dass letztere auch bei Erfolglosigkeit der betreffenden Personen zum Tragen kamen und ihnen den Abschied vergoldeten. Hier war offenkundig der Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Leistung bzw. wahrgenommener Verantwortung in keinster Weise mehr gegeben; ein Umstand, der für ein Gemeinwesen, das sich selbst gern als "Leistungsgesellschaft" definiert, fatal ist. Insofern verhallten auch die in derlei Fällen üblichen Gegen-Vorwürfe der "Neiddebatte" diesmal relativ ungehört.

Zu Recht, denn die Zahlen sprechen für sich: So verdienten bei im österreichischen Börsenindex ATX notierten Unternehmen Vorstandsmitglieder im Jahr 2000 im Durchschnitt 20 Mal so viel wie die Beschäftigten. Bis 2006 hat sich diese Relation auf das 41- und bis zum Vorjahr auf das 48-Fache erhöht. Und in Deutschland sind die realen Nettolöhne seit 2004 um 3,5 Prozent gesunken, während die Unternehmensgewinne im selben Zeitraum um 25 Prozent gestiegen sind. Dementsprechend ging die Bruttolohnquote von 68 auf 64 Prozent zurück. Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre kam somit vor allem den VermögensbesitzerInnen zugute, während der Großteil der Bevölkerung leer ausging.

Nicht nur das, für viele verschlechterte sich ihre soziale Lage effektiv. Der Kasseler Soziologe Heinz Bude konstatiert das Absinken immer größerer Teile der Mittelschicht, primär aufgrund der Prekarisierungstendenzen in der Arbeitswelt. Gesicherte Jobs sind schon lange keine Selbstverständlichkeit mehr: In Kärnten hatten z.B. 2005 nur noch 55 Prozent, also gut die Hälfte der Erwerbstätigen, einen "Normalarbeitsplatz" (ganzjährig Vollzeit). Und die EU-SILC-Erhebung 2006 erbrachte, dass hierzulande 41 Prozent der Armutsgefährdeten einer Beschäftigung nachgehen. Das bedeutet: Arbeit schützt nicht mehr vor Armut – und auch Bildung nicht: Bude führt als Bei-

spiel das Medienprekariat an, das sich aus freiberuflichen und schlecht bezahlten Zulieferern für Zeitungen, TV und Rundfunk zusammensetzt. Man könnte aber auch den Bereich Erwachsenenbildung nennen, wo sich neben fixangestellten zahlreiche freiberufliche TrainerInnen ohne längerfristige Perspektive und mit gleichfalls nicht gerade üppiger Entlohnung von Kurs zu Kurs durchschlagen. Entscheidend für gesellschaftliche Integration ist Bude zufolge die Frage, "ob Menschen das Gefühl haben, dass ihnen Chancen offen stehen und dass ihnen ihre Leistung eine hörbare Stimme verleiht oder ob sie glauben müssen, (...) dass ihnen ihre Anstrengung und Mühe niemand abnimmt". Offenbar ist nun immer öfter letzteres der Fall. Man kann das auch so fassen: Die erwähnte Entkopplung von Leistung und Einkommen kommt nicht nur am oberen, sondern auch am anderen Ende der Einkommensskala zum Tragen.

Dem sozialen Zusammenhalt ist dies natürlich nicht dienlich und dem Vertrauen in das politische System auch nicht: Während die gut abgesicherten Angehörigen der mittleren und oberen Schichten einer Untersuchung der Wiener Soziologin Hilde Weiss zufolge in gesellschaftspolitischen Fragen – etwa bezüglich Familienbild oder Migration – liberal denken, ist das in den "unteren" sozialen Schichten weniger der Fall. Deren Angehörige haben zudem kaum das Gefühl, ihre Lage auf politischem Wege – durch entsprechendes Wahlverhalten oder Aktivitäten und Zusammenschlüsse – ändern zu können.

Dieses Ergebnis sollte hellhörig machen. Und politische Entscheidungsträger dazu anregen, Maßnahmen – etwa in steuerlicher Hinsicht – zu ergreifen, die dem sozialen Ausgleich dienlich sind und zu mehr Einkommensgerechtigkeit führen. Doch derzeit fährt der Zug offenbar in die andere Richtung: Vom nunmehrigen Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer profitieren vor allem die wenigen Millionenerben. So erbrachten etwa 2006 die vier größten Erbschaften 23,5 Mio. Euro und damit fast ein Viertel der Gesamteinnahmen aus diesem Titel (vgl. www.orf.at, 01.08.2008). Hier keine legislativen Korrekturen anzubringen, kann wohl nicht der Weisheit letzter Schluss sein, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Auf dem Weg in die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“?

Waren noch bis in die 1990er Jahre in der Soziologie Prognosen von der „Freizeitgesellschaft“ und der „Erlebnisgesellschaft“ verbreitet, sprechen SoziologInnen heute von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ und „modernen sozialen Konflikten“. Die Wiener Sozialwissenschaftlerin Hilde Weiss hat untersucht, wie unterschiedliche soziale Gruppen in Österreich diese neuen Konflikte sehen und was für sie soziale Gerechtigkeit bedeutet.

„Für Österreich gilt: Die obersten Einkommens- und Bildungsschichten wissen ihre Interessen wahrzunehmen“, erklärt Hildegard Weiss, Professorin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Um die Interessen vieler anderer ist es nicht so gut bestellt: Während der Wohlstand insgesamt steigt, werden immer mehr Menschen immer ärmer. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung stehen in gesicherten Beschäftigungsverhältnissen, während ein Drittel davon ausgeschlossen bleibt.

Wie verschiedene soziale Gruppen mit den neuen (globalisierten) Rahmenbedingungen umgehen, wie sie zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit stehen und was das für ihre politische Gesinnung bedeutet, erforschte Hilde Weiss im Jubiläumsfonds-Projekt „Konfliktwahrnehmung und Gerechtigkeitsvorstellungen in sozialen Milieus“. Weiss und ihre MitarbeiterInnen befragten mittels eines vollstandardisierten Fragebogens eine repräsentative Zufallsstichprobe von 1.018 ÖsterreicherInnen zwischen 18 und 65 Jahren.

Idee des sozialen Ausgleichs stark ausgeprägt

„Fleiß und Tüchtigkeit sind für die meisten ÖsterreicherInnen zentrale Werte. Trotzdem stößt die Idee eines unregulierten Kapitalismus auf wenig Beifall“, erläutert Weiss. Sozialer Ausgleich ist den ÖsterreicherInnen sehr wichtig: 37 Prozent stimmen vorbehaltlos zu, dass Leute mit höherem Einkommen durch höhere Steuern zum Gemeinwohl beitragen sollten. 36 Prozent plädieren dafür, dass soziale Unterschiede weitgehend abgeschwächt werden sollen.

Die Einstellung zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit hängt dabei weniger vom beruflichen Status als vielmehr von biografischen Erfahrungen wie Krisen oder Erfolgen ab: Soziale Aufsteiger, die es von ganz unten ins soziale Mittelfeld oder darüber hinaus geschafft

haben, zahlen ungern Steuern und halten wenig von Sozialleistungen: „Diese Menschen haben hart gekämpft und glauben, dass das, was ihnen gelungen ist, allen möglich sei“, erklärt Weiss. Soziale Absteiger hingegen denken tendenziell sozialer: „Sie haben oftmals erlebt, dass das Individuum nicht immer alle lebensbestimmenden Faktoren im Griff hat und dass Chancen ungleich verteilt sind.“

Politikverdrossenheit

Wenn es um die Politik geht, haben gerade die „unteren“ sozialen Schichten das Gefühl, keinen Einfluss auf ihr Schicksal nehmen zu können. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und sehen keine besonderen Möglichkeiten, durch politische Zusammenschlüsse und Aktivitäten ihre Interessen durchzusetzen. 31 Prozent der befragten ÖsterreicherInnen glauben uneingeschränkt, dass die Politik selten etwas umsetzt, das dem 'kleinen Mann' bzw. der 'kleinen Frau' nützt. „Die oberen Einkommensschichten hingegen fühlen sich politisch gut vertreten und wissen, wen es zur Stärkung der eigenen Interessen zu wählen gilt“, erörtert Weiss. Generell hält man in Österreich wenig von PolitikerInnen: 37 Prozent der Befragten glauben, dass moralische Grundsätze in der Politik nichts mehr gelten.

Ein Hang zum Autoritären zieht sich quer durch alle Einkommensschichten, ist allerdings stark bildungsabhängig. 20 Prozent unterstützen „völlig“ das State-ment, es herrsche „zu viel Kritik und zu wenig Ruhe und Ordnung“ im öffentlichen Leben, 42 Prozent halte dies für „eher“ richtig. Für eine „straffe Führung“ sprechen sich zwölf Prozent „völlig“ und 29 Prozent „eher“ aus. Soziologin Weiss findet diese



Die Wiener Soziologin Hilde Weiss. Foto: idw

'Führersehnsucht' "gerade im Gedenkjahr 2008 (...) traurig und erschreckend."

Liberales Bürgertum

Während also die quasi traditionelle Autoritätshörigkeit bestehen bleibt, entfernten sich laut Analyse zumindest die mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft von einem konservativen Familienbild mit den entsprechenden Geschlechterrollen. In den unteren Schichten allerdings gibt man sich diesbezüglich konservativ. "Dieser Konservatismus ist Teil einer pessimistischen, rückwärtsgewandten Lebensauffassung", befindet Weiss, "er ist eng mit Zukunftsängsten verbunden."

Dementsprechend findet sich in Fragen der Migrations- und Ausländerpolitik in der österreichischen Oberschicht ein deutlich aufgeklärteres Klima als bei sozialen Unterschichten. Bei den Erstgenannten wird die Konkurrenz am globalen Arbeitsmarkt auch mehr als Chance denn als Risiko wahrgenommen.

Quellen: Veronika Schallhart: Neue Studie zu sozialer Gerechtigkeit. Auf dem Weg in die „Zwei-Drittel-Gesellschaft?“, Pressemitteilung der Universität Wien, 17.03.2008; Harald Zwilling: Studie zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Gesinnung, www.dieuniversitaet-online.at, 17.03.2008

Ungleiche Verteilung von Lebenschancen

Die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt liegt derzeit bei 893 EUR monatlich. 12,6 Prozent der österreichischen Bevölkerung, das sind rund eine Million Menschen, haben ein gewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter diesem Schwellenwert. Das ist das zentrale Ergebnis von EU-SILC 2006, der aktuellen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen von Haushalten in Österreich.

Die im März von Sozialminister Buchinger präsentierten EU-SILC-Ergebnisse basieren auf einer Befragung von rund 6.000 Haushalten mit rund 15.000 Personen. Der Einkommensreferenzraum ist das Jahr 2005. Die alljährliche Erhebung wird von der EU und dem Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) finanziert und von Statistik Austria durchgeführt.

Sozialleistungen reduzieren Armutsgefährdungsrisiko

Die im EU-25-Vergleich in Österreich leicht unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote (13% in Österreich, 16% im EU-25 Durchschnitt) ist laut Sozialministerium in starkem Ausmaß auf den Umfang und die Treffsicherheit der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zurückzuführen.

Die Pensionen und Sozialtransfers machen im Durchschnitt 36 Prozent vom verfügbaren Einkommen aller Haushalte aus. Bei Pensionistenhaushalten stammen 94 Prozent, bei Haushalten mit Langzeitarbeitslosen 63 Prozent, bei Haushalten mit Menschen mit Behinderungen 58 Prozent und bei Ein-Eltern-Haushalten 37 Prozent des Einkommens aus Sozialtransfers und Pensionen.

Gäbe es keine Pensionen und Sozialleistungen, würde das Armutsgefährdungsrisiko anstatt bei 13 bei 43 Prozent liegen. Pensionen und Sozialleistungen reduzieren bei älteren Haushalten die Armutsgefährdung von 97 auf 16 Prozent. Bei Haushalten im erwerbsfähigen Alter wird das Armutsgefährdungsrisiko auf weniger als die Hälfte (von 30 auf 12%) gesenkt und bei Haushalten mit Kindern von 34 auf 12 Prozent (vgl. Tabelle S. 6).

Das mittlere Äquivalenzzetoeinkommen¹ (gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) beträgt im Jahr 2006 17.850 Euro (= 1.488 Euro monatlich). Das unterste Zehntel der Haushalte (etwa 800.000 Personen) verfügt über weniger als 9.941 Euro und das oberste Zehntel über mehr als 30.263 Euro. Das oberste Zehntel hat somit einen mindestens dreimal, im Durchschnitt einen fünfmal höheren Lebensstandard als das unterste Zehntel.

Folgende Haushaltstypen sind im untersten Einkommensviertel (unter 13.420 Euro) überrepräsentiert:

- 49 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte
- 46 Prozent der Single-Frauen mit Pension

Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pension

	Armutsgefährdung vor Sozialleistungen und Pensionen	Armutsgefährdung nach Sozialleistungen und Pensionen
Haushalte mit überwiegend Pension	97%	16%
Haushalte mit überwiegend Erwerbseinkommen	30%	12%
Haushalte mit Kindern	34%	12%
Gesamt	43%	13%

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006

- 38 Prozent der Haushalte mit drei und mehr Kindern
- 33 Prozent der Single-Frauen ohne Pension
- Im obersten Einkommensviertel (ab 23.500 Euro) überrepräsentiert sind:
- 42 Prozent der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder
- 27 Prozent der Single-Männer ohne Pension
- 26 Prozent der Single-Frauen ohne Pension

Stünden den Haushalten nur Erwerbseinkommen und Alterspensionen, aber keine anderen Sozialleistungen zur Verfügung und gäbe es keine Umverteilung durch direkte Steuern, so würde das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte im untersten Einkommensviertel ca. ein Fünftel (21%) von dem des obersten Einkommensviertels betragen. Der Bezug von Sozialleistungen und der Abzug der Sozialbeiträge und direkten Steuern bewirken eine Erhöhung des Anteils des Pro-Kopf-Einkommens im untersten Viertel von 21 auf 31 Prozent an dem des obersten Viertels.

Armutsgefährdung

In EU-SILC wird – nach Vorgabe von EUROSTAT – ein Haushalt als armutsgefährdet (einkommensarm) bezeichnet, wenn dieser über ein Pro-Kopf-Einkommen verfügt, das unter 60 Prozent von dem eines Haushalts mit einem mittleren Einkommen liegt. Gemäß dieser Definition waren im Jahr 2006 rund eine Million Personen (12,6% der Bevölkerung) in Österreich

armutsgefährdet. Der EU-25-Wert liegt bei 16 Prozent.

Sechs wesentliche Faktoren für die Armutsgefährdung sind:

- die Höhe und Verteilung der Sozialleistungen (s.o.)
- die Verteilung der Haushaltseinkommen
- das Ausmaß der Arbeitslosigkeit
- die Beschäftigung und das Erwerbseinkommen
- der Bildungs- und Ausbildungsstand
- Personen- und Haushaltsmerkmale (Behinderung, Ein-Eltern-Haushalte, Haushalte mit drei und mehr Kindern, Migrationshintergrund)

Länder mit starker Einkommensungleichheit sind mit überdurchschnittlicher Armutsgefährdung konfrontiert. Eine geringere Ungleichheit bei den Haushaltseinkommen wird durch höhere Sozialleistungen, eine höhere Beschäftigungsquote vor allem der Frauen, eine geringere Arbeitslosigkeit, einen höheren Bildungsstand der Bevölkerung und durch eine solidarische Lohnpolitik ermöglicht.

Die Ungleichheit beim verfügbaren Haushaltseinkommen ist in Österreich mit dem Wert 3,7 etwas geringer als im EU-25-Durchschnitt (4,8); d.h. eine Person eines Haushalts im obersten Einkommensfünftel verfügt hierzulande über das 3,7-fache äquivalisierte Pro-Kopf-Einkommen einer Person im untersten Einkommensfünftel.

Die im internationalen Vergleich geringeren Schwankungsbreiten der jährlichen Lohnerhöhungen zwischen den Branchen und Unternehmen, der bis 2009 umzusetzende Mindestlohn von 1.000 Euro, die Verbesserungen bei der sozialen Absicherung – vor allem die bedarfsorientierte Mindestsicherung – und überproportionale Entlastungen für untere Einkommensgruppen bei der kommenden Steuerreform sollen Minister Buchinger zufolge dazu beitragen, dass dem weltweit zu beobachtenden Auseinanderdriften der Einkommen entgegengewirkt wird.

Vor allem Langzeitarbeitslosigkeit erhöht das Risiko der Armutsgefährdung massiv. Während die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen sieben Prozent und von Kurzzeitarbeitslosen (unter 6 Monate) 11 Prozent beträgt, steigt sie bei Langzeitarbeitslosen (mehr als 12 Monate) auf 52 Prozent.

Erwerbstätigkeit reduziert bei Personen im erwerbsfähigen Alter das Armutsgefährdungsrisiko von 19 auf sieben Prozent. Der armutsmindernde Effekt von Erwerbstätigkeit manifestiert sich u.a. in Haushalten mit Kindern. Durch die Erwerbstätigkeit der Mutter wird die Armutsgefährdung – verglichen mit Nichterwerbstätigkeit – um fast zwei Drittel reduziert: bei Haushalten mit einem Kind von 13 auf vier Prozent, bei Haushalten mit zwei Kindern von 21 auf vier Prozent, bei Haushalten mit drei und mehr Kindern von 21 Prozent auf 13 Prozent und bei Ein-Eltern-Haushalten von 48 auf 19 Prozent. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern senkt nicht nur die Armutsgefährdung von Familien mit Kindern, sie ermöglicht Frauen auch eine bessere Absicherung bei Sozialrisiken und im Alter. Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern zu steigern, braucht es nach Ansicht des Sozialministers passende Rahmenbedingungen. Dazu gehören seines Erachtens unter anderem optimale Kinderbetreuungseinrichtungen mit einer ausreichenden Anzahl von Plätzen sowie eine fairere Aufteilung der Haushalts- und Kinderbetreuungsarbeit zwischen den Partnern.

Working Poor

Als working poor werden jene Personen bezeichnet, die zwischen 20 und 64 Jahre alt sind, einer Erwerbstätigkeit nachgehen und deren Haushaltseinkommen dennoch unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Rund sieben Prozent (230.000 Personen) der ca. 3,4 Millionen in Österreich Erwerbstätigen sind armutsgefährdet. Anders gesagt: 41 Prozent aller Armutsgefährdeten im Erwerbsalter gehen einer bezahlten Arbeit nach.

Die Gründe für Armut trotz Erwerbseinkommen sind:

- *Arbeitsmarktposition:* Personen, die Hilfsarbeiten verrichten, haben eine Armutsgefährdungsquote von 14 Prozent, während die der FacharbeiterInnen nur bei sieben Prozent liegt.
- *Bildungsgrad:* Erwerbstätige Personen mit maximal Pflichtschulabschluss haben eine Armutsgefährdungsquote von 15 Prozent, mit einer abgeschlossenen Lehre fällt der Wert bereits auf sechs Prozent.
- *Ausmaß der Einbindung der Haushaltsmitglieder in den Arbeitsmarkt:* Sind alle Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter voll erwerbstätig, liegt die Armutsgefährdungsrate bei vier Prozent, bei teilweiser Erwerbsintensität steigt sie auf 15 Prozent. Geht keine der erwerbsfähigen Personen des Haushaltes einer Erwerbstätigkeit nach, steigt die Armutsgefährdung auf 32 Prozent.
- *Niedrige Erwerbseinkommen:* Bei Personen, die trotz Vollzeiterwerbstätigkeit weniger als 1.000 Euro brutto monatlich verdienen, erhöht sich die Armutsgefährdung auf 22 Prozent. Auf diese Gruppe zielt die Umsetzung des von den Sozialpartnern bis 2009 umzusetzenden Generalkollektivvertrags mit einem Mindesteinkommen von 1.000 Euro bei Vollzeitbeschäftigung.

Weitere Gruppen, die überproportional von Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen sind, sind Personen mit unregelmäßiger Beschäftigung, Beschäftigte mit einer Arbeitszeit von unter 20 Stunden pro Woche, Personen mit befristeten Verträgen und freie DienstnehmerInnen. Minister Buchinger wies darauf hin, dass zuletzt mit der Einführung des Mehrarbeitszuschlages von 25 Prozent (Überstundenzuschlag) für Teilzeitbeschäftigte Verbesserungen erreicht wurden. Weiters wurden die neuen Selbstständigen stärker in das Sozialrecht eingebunden (Anspruch auf Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Insolvenz-Ausfallgeld, Krankengeld, Wochengeld sowie Anspruch auf Abfertigung).

Weitere armutsgefährdete Personengruppen

Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sind mehr als doppelt so stark armutsgefährdet (22%) wie Personen mit einem über die Pflichtschule hinausreichenden Bildungsabschluss (z.B. Matura: 10%). Bei den 20- bis 64-jährigen Männern mit Pflichtschulabschlüssen ist die Beschäftigungsquote (59%) beinahe um ein Drittel unter der von Männern mit Abschlüssen darüber (80-90%). Ihre Arbeitsplätze sind unsicherer, die Arbeitslosigkeit (16%) ist dreimal so hoch

und ihre Erwerbseinkommen liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Auch bei den Frauen hängt die Erwerbsbeteiligung stark vom Ausbildungsgrad ab. Erwerbstätig sind 42 Prozent mit Pflichtschulabschluss, 60 Prozent mit einer abgeschlossenen Lehre, 57 Prozent mit Matura und 74 Prozent mit Universitätsabschluss.

Haushalte mit Menschen mit Behinderungen sind aufgrund der geringeren Erwerbchancen überdurchschnittlich armutsgefährdet (17%). Buchinger wies darauf hin, dass für Maßnahmen der Beschäftigungs-offensive, welche die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen unterstützen, im Jahr 2007 aus Budgetmitteln, den Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Ausgleichstaxfonds insgesamt ca. 153 Millionen Euro zur Förderung von rund 52.000 Fällen investiert wurden.

Ein-Eltern-Haushalte haben aufgrund von Betreuungserfordernissen geringere berufliche Möglichkeiten und Karrierechancen. Obwohl die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden über der aller Frauen im Erwerbsalter liegt, ist deren Armutsgefährdungsquote – vor allem aufgrund des hohen Anteils an Teilzeitarbeit – mit 27 Prozent deutlich über der aller Frauen (12%).

In *Haushalten mit drei und mehr Kindern* beträgt die Armutsgefährdung 16 Prozent. Diese hohe Quote ist durch die relativ geringe Erwerbsbeteiligung von Müttern in kinderreichen Familien verursacht. Ein-Eltern-Familien und Mütter aus kinderreichen Familien sind, so Buchinger, wesentliche Adressaten der politischen Initiativen für mehr Kinderbetreuungseinrichtungen und bessere Erwerbchancen von Frauen.

Durch die geringe Bildung und den Einsatz in wenig qualifizierten Jobs sind *Personen mit ausländischer Herkunft (Nicht-EU/EFTA)* besonders hoch in der Gruppe der Armutsgefährdeten vertreten, da 62 Prozent als HilfsarbeiterInnen arbeiten. Im Vergleich dazu arbeiten nur 17 Prozent der ÖsterreicherInnen als HilfsarbeiterInnen. Erwerbstätige ausländischer Herkunft haben damit ein beinahe dreimal so hohes Armutsrisiko (17%) wie österreichische Beschäftigte (6%).

Bei den Haushalten mit AusländerInnen liegt die Armutsgefährdungsrate bei 28 Prozent. Die wesentlichen Gründe dafür sind eine sehr geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen, Tätigkeiten vor allem im Niedriglohnbereich, eine im Durchschnitt deutlich geringere Qualifikation und soziale und bildungsmäßige Integrationshemmnisse.

Mangelnde Teilhabe

Der Begriff Armutsgefährdung ist ausschließlich auf der Einkommensebene definiert. Um ein differenzierteres Bild über soziale Notlagen zu erhalten, wurde in EU-SILC die Einkommenssituation mit den Möglichkeiten der Befriedigung von elementaren Lebensbedürfnissen in Zusammenhang gebracht. Im Detail wurde erfragt:

- welche grundlegenden Bedürfnisse ein Haushalt nicht befriedigen kann (z.B. die Wohnung angemessen warm zu halten, bei Bedarf neue Kleidung kaufen),
- auf welche in der Gesellschaft weit verbreiteten Güter verzichtet werden muss (z.B. Handy, PC, PKW),

Zusammenhang von Armutsgefährdung und Deprivation

		Depriviert			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Nicht-Arm	69,0%	mangelnde Teilhabe	19,0%
	Ja	Einkommensarmut	7,0%	manifeste Armut	6,0%
		Armutsgefährdung 13 %			

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006

- ob es starke gesundheitliche Einschränkungen gibt und
- ob akute Wohnprobleme bestehen (z.B. Substandard, keine Waschmaschine).

Treten zumindest zwei bis drei Probleme in einem dieser Bereiche auf, so wird der Haushalt als sozial depriviert bezeichnet. Das bedeutet, er muss im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung teilweise auf Güter und soziale Teilhabe verzichten.

Durch die Verknüpfung von niedrigem Einkommen und sozialer Benachteiligung können *vier unterschiedliche Lebenslagen* bestimmt werden (vgl. Übersicht S. 8):

- Sechs Prozent der Bevölkerung (459.000 Personen) leben in *manifesten Armut*: Sie haben ein niedriges Einkommen und sind gleichzeitig zumindest in einem zentralen Lebensbereich deutlich benachteiligt. Am stärksten davon betroffen sind Langzeitarbeitslosenhaushalte, Haushalte mit Haupteinkommensquelle Sozialleistungen, AusländerInnen und Ein-Eltern-Haushalte.
- Sieben Prozent der Bevölkerung (568.000 Personen) können als *einkommensarm* bezeichnet werden. Sie haben geringere Einkommen, ohne aber gleichzeitig nach den vorhin erwähnten Kriterien sozial benachteiligt zu sein.
- 19 Prozent der Bevölkerung (1.524.000 Personen) befinden sich über den monetären Armutsgefähr-

dungsschwellen, sie sind aber in zumindest einem Bereich *sozial depriviert* (mangelnde Teilhabe).

- 69 Prozent der Bevölkerung sind weder von Einkommensarmut noch von sozialer Deprivation betroffen.

Anmerkung

- 1 Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst die Erwerbseinkommen, die Sozialtransfers, Vermögenserträge und andere private Einkünfte aller Mitglieder eines Haushalts. Um den Lebensstandard verschiedener Haushaltsgrößen miteinander vergleichen zu können, wird im Folgenden das Haushaltseinkommen mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder äquivalisiert. Es wird angenommen, dass aufgrund der gemeinsamen Nutzung der Wohnung und der langlebigen Haushaltsgegenstände ein z.B. vierköpfiger Haushalt im Vergleich zu einem Single-Haushalt nicht ein viermal höheres Einkommen benötigt, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen. Deshalb wird dem ersten Erwachsenen das Gewicht 1, jedem weiteren Erwachsenen im Haushalt jeweils 0,5 und Kindern (unter 14 Jahre) jeweils 0,3 zugemessen. Hat z.B. ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern ein Nettojahreseinkommen von EUR 30.000, so beträgt das äquivalisierte Einkommen EUR 14.300 (30.000 dividiert durch 2,1).

Quelle: Bundesminister Buchinger informiert: Armut und Wohlstand. Die Verteilung der Lebenschancen in Österreich, Ergebnisse der Erhebung EU-SILC 2006, Wien, 11.03.2008

Steigende Armutsgefährdung in Kärnten

Armut und Reichtum nehmen wie anderswo auch in Kärnten gleichzeitig zu. Das ist das wichtigste Ergebnis einer Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP), die im Dezember des Vorjahres in Klagenfurt vorgestellt wurde.

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen ist in Kärnten deutlich gestiegen. In diesem Bundesland waren zuletzt (2005) 91.000 Menschen oder über 16 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Das war die höchste Armutsgefährdungsquote aller Bundes-

länder, geht aus der auf Ersuchen der Kärntner Grünen durchgeführten Untersuchung hervor.

Neue Erwerbsformen erhöhen Armutsgefährdung

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut. Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat deutlich zugenommen. Vor allem neue Erwerbsformen, die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. 2005 hatten nur mehr 55 Prozent der Kärntner ArbeitnehmerInnen einen "Normalarbeitsplatz", waren also ganzjährig vollzeitbeschäftigt. Gleichzeitig leben in Kärnten etwa 20.000 "working poor", also Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm sind.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut. Kärnten hatte 2006 die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Kärnten aber unter der Armutsgrenze.

Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Weil der Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige, zumeist Frauen, erbracht wird, müssen diese oft ihre Erwerbstätigkeit einschränken. Die deutliche Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen wird das Problem weiter verschärfen. In Kärnten werden derzeit etwa 32.000 Menschen durch knapp 30.000 Angehörige und andere Hilfskräfte betreut und gepflegt.

Fehlen von Kinderbetreuungseinrichtungen

Über 23.000 PensionistInnen sind in Kärnten armutsgefährdet, weil ihre Pensionen samt Ausgleichszulage unter der Armutsgefährdungsgrenze (2005: 771 Euro) liegen. Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich, weil sie die Erwerbstätigkeit vor allem bei Fehlen von Kinderbetreuungseinrichtungen einschränken. In Kärnten sind nur 42 Prozent der Vorschulkinder in Kinderbetreuungseinrichtungen. Mehr als 32.000 Erwachsene und Kinder in Alleinerzieherhaushalten oder Familien mit drei und mehr Kindern in Kärnten sind armutsgefährdet, weil sie in solchen Familienverhältnissen leben. Überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche - 27.000 oder 21 Prozent - leben in Kärnten in armutsgefährdeten Haushalten. Das ist weit mehr als der Bundesdurchschnitt (15%).

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung. Ohne Sozialleistungen und Pensionen wären nicht 91.000, sondern 163.000 Menschen in Kärnten (28% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm.

Zugleich nimmt auch der Reichtum in Kärnten zu. Die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen (über 200% des Medianeinkommens) hat hier in den letzten Jahren um rund 9.500 auf etwa 31.500 deutlich zugenommen. Ihre Einkommen sind mehr als dreimal so stark gestiegen wie das durchschnittliche Arbeitnehmerinkommen.

Ungleichgewicht nimmt zu

"Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass auch in Kärnten Armut und Reichtum gleichzeitig zunehmen. Weil das Ungleichgewicht immer spürbarer wird, ist eine Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit in Gang gekommen. Veränderungen müssen dort anzusetzen, wo es die größten Probleme gibt: Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und existenzsichernde Beschäftigungsformen bzw. Einkommen, auch bei den Älteren; Investitionen in die Bildung, in die Pflegesicherung und die Kinderbetreuung; Begrenzung der Lebenshaltungskosten, vor allem der Wohnkosten; Sicherung des sozialen Netzes und eine gerechtere Besteuerung von Einkommen einerseits und Vermögen andererseits", so ÖGPP-Generalsekretär und Studienautor Andreas Höferl bei der Pressekonferenz.

Quelle: 91.000 Armutsgefährdete in Kärnten. Presseaussendung der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, 18.12.2007

Neues Gebärdensprachangebot an der Uni Wien

Studierende der Bildungswissenschaft an der Universität Wien können ab Wintersemester 2008 erstmals ein Erweiterungscurriculum absolvieren, das ihnen die Österreichische Gebärdensprache (ÖGS) näher bringt. Das "Erweiterungscurriculum ÖGS" bietet Gelegenheit zu intensiver Beschäftigung mit dieser 2005 in der Bundesverfassung anerkannten Sprache.

Helene Jarmer, Präsidentin des Österreichischen Gehörlosenbundes (ÖGLB), begrüßt diesen Vorstoß der Uni Wien sehr, meint aber auch, dass es schon höchste Zeit war, ein entsprechendes Zei-

chen in universitärer Hinsicht zu setzen.

Gehörlose und hörende LektorInnen vermitteln in der Zusatzausbildung sowohl Sprachkompetenzen als auch Metawissen über den Umgang mit Mitgliedern der Gehörlosengemeinschaft. 32 Studierende werden im ersten Jahr an der Universität Wien aufgenommen, die 16 Besten können dann ins zweite Jahr wechseln. Solche Erweiterungscurricula vermitteln Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die nicht von den Studienzielen des eigentlichen Kernbereichs beschrieben werden.

Quellen: Österreichischer Gehörlosenbund; www.bizeps.or.at

Gesundheitliche Ungleichheit in Österreich

Gesundheit ist für 99 Prozent aller EuropäerInnen das wichtigste im Leben. Nicht selten wird daher davon gesprochen, dass man glücklich sein soll, statt krank und reich „arm und g'sund“ zu sein. Die Realität sieht jedoch deutlich anders aus: Schwierige Lebenslagen beeinflussen die Gesundheit sowohl in psychischer als auch in körperlicher Hinsicht. Krankheit und Gesundheit können somit nicht unabhängig vom sozioökonomischen Status gesehen werden.

„Armut kann Ihre Gesundheit gefährden“, so der Titel einer Publikation der oberösterreichischen Armutskonferenz, in der darauf aufmerksam gemacht wird, dass Teilhabechancen jedes einzelnen Menschen – in Form von Wissen, Bildung, Arbeit und Geld – eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit sind: „Wem der Zugang zu diesen gesellschaftlichen Gütern erschwert oder auch unmöglich gemacht wird, dem werden Lebenschancen und Lebensglück und demnach auch ein gesundes Leben vorenthalten.“

Da der Begriff Gesundheit in der Regel durch das Fehlen von Krankheit definiert wird, taucht die Frage auf, wie Gesundheit allgemein bzw. gesundheitliche Ungleichheit gemessen werden können. Indikatoren hierfür sind u.a. Sterbeziffern respektive Lebenserwartung, Krankenstandstage und Arbeits(un)fähigkeit, Medikamentenverbrauch, Arztbesuche, Dauer von Krankenhausaufenthalten oder die subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands. Unabhängig davon, mit welchen Indikatoren sich der Messung der gesundheitlichen Befindlichkeit genähert wird, kann diese im Hinblick auf soziale Ungleichheit analysiert werden.

Zieht man beispielsweise die Lebenserwartung als Gesundheitsindikator heran, so zeigen sich neben den bekannten geschlechterspezifischen auch bildungsbezogene Differenzen. „AkademikerInnen leben länger“, titelte etwa „Der Standard“ (26. April 2007), bezugnehmend auf die Unterschiede in der Sterblichkeit. Bildung – und die damit verbundenen Lebensbedingungen – erhöht die Lebenserwartung, da die Wahrscheinlichkeit, den 80. Geburtstag zu erleben, mit zunehmender Qualifikation steigt (Statistik Austria 2007a).

Die Indikatoren „Häufigkeit der Arztbesuche“, „Häufigkeit der Krankenhausaufenthalte“ sowie „Häufigkeit der regelmäßigen Medikamenteneinnahme“ wurden bei einer 2002 durchgeführten Befragung oberösterreichischer PensionistInnen zur Beurteilung des Gesundheitszustands herangezogen. Auch hier zeigen sich Zusammenhänge zwischen Bildung, Einkommen und Gesundheit: BezieherInnen einer niedrigeren Pension weisen signifikant häufiger eine höhere Krankheitsbelastung und eine schlechtere Gesundheit auf (Wukounig 2003).

Arbeitslosigkeit führt zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen

Eine weitere Bestätigung für gesundheitliche Ungleichheit findet sich in den österreichischen EU-SILC-Daten, die als Indikator die subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands verwenden. Insgesamt bezeichnen 80 Prozent der Befragten ihren Gesundheitszustand als sehr gut bzw. gut, 16 Prozent als mittelmäßig und vier Prozent als schlecht bzw. sehr schlecht.

Analysiert man diese Ergebnisse nach soziodemographischen Merkmalen, so zeigen sich gravierende Unterschiede nach Alter, Herkunft, Ausbildung und Berufsstatus. Wie zu erwarten, ist die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands bei älteren deutlich schlechter als bei jüngeren Menschen. Der Anteil der Nicht-ÖsterreicherInnen mit einem subjektiv schlechten Gesundheitszustand ist im Vergleich zu den ÖsterreicherInnen fast doppelt so hoch. Ähnliches spiegelt sich bei der Bildung und Ausbildung wider: Je geringer der höchste Bildungsabschluss, desto häufiger wird der Gesundheitszustand als schlecht bewertet. Wenig erstaunlich daher, dass gut Qualifizierte bis hin zu FacharbeiterInnen ungleich seltener als HilfsarbeiterInnen und Nicht-Erwerbstätige über ihre Gesundheit klagen. Erwerbstätige fühlen sich deutlich gesünder als im Haushalt Tätige.

Arbeitslose Menschen bewerten ihren Gesundheitszustand annähernd gleich häufig als (sehr) schlecht wie PensionistInnen. Arbeitslosigkeit ist ein belastendes, kritisches Lebensereignis, das zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Wahrnehmung der eigenen Gesundheit führen kann. Die Dauer der Arbeitslosigkeit spielt dabei eine nicht unbedeutende Rolle: Je länger die Jobsuche andauert, desto häufiger wird der eigene Gesundheitszustand als mittelmäßig bzw. schlecht wahrgenommen. Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, so bestätigt eine Studie zu Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich, führt häufig zu einem

Subjektiver Gesundheitszustand nach soziodemographischen Merkmalen (in Prozent*)

	(sehr) gut	mittelmäßig	(sehr) schlecht
Insgesamt	80	16	4
Nicht-ÖsterreicherInnen	78	14	7
Bildungsabschluss			
- Maximal Pflichtschule	69	23	8
- Matura	90	8	2
Berufliche Stellung			
- Nicht-erwerbstätig	64	26	10
- Hilfsarbeiter	76	20	5
- Facharbeiter	86	12	2
Haupttätigkeit			
- Erwerbstätig	86	12	2
- Pension	49	37	14
- Arbeitslos	61	27	13
- Haushalt	78	17	5
Dauer der Arbeitslosigkeit			
- bis zu 6 Monaten	72	20	8
- 6 Monate und länger	57	26	16
- 12 Monate und länger	49	31	21

*Zeilenprozente; Quelle: Statistik Austria 2007b: 125-126

schlechteren Wohlbefinden und zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen (Stelzer-Orthofer 2007: 366 ff)

Diese empirischen Befunde lassen keine Zweifel darüber aufkommen, dass auch in Österreich Personen mit niedrigerem sozio-ökonomischen Status kränker sind und eine niedrigere Lebenserwartung haben als Personen mit einem höheren Sozialstatus. Merkmale gesundheitlicher Ungleichheit verschränken sich demnach eindeutig mit Merkmalen sozialer Ungleichheit.

So gesehen ist der aktuelle Fokus der österreichischen Gesundheitspolitik, der das meist individuelle Verhalten (z.B. bezüglich Nikotinkonsum, Cholesterinwerte etc.) in den Mittelpunkt rückt, zu kurz gegriffen. Gesundheit und Krankheit auf Sport und Ernährung zu reduzieren, negiert die politische Verantwortung für soziale Ungleichheit und delegiert die Verantwortung zugleich auf jede/n Einzelne/n. Maßgebliche andere, nicht am Verhalten orientierte Einflussfaktoren, wie beispielsweise Arbeitsbedingungen, Wohnumfeld, wirtschaftliche Verhältnisse sowie ungleicher Zugang zum Gesundheitswesen, geraten damit aus dem Blickfeld.

Das Ziel einer gerechten und umfassenden Gesundheitspolitik muss daher die Verringerung von gesundheitlicher Ungleichheit als Folge und Teil von sozialer Ungleichheit sein. Hier gilt es die komplexen Dimensionen von unterschiedlichen Belastungen, von un-

terschiedlichen Bewältigungsressourcen und von unterschiedlichen Möglichkeiten in der Versorgung zu beachten. Ansatzpunkte zur Verringerung von gesundheitlichen Benachteiligungen sind daher allgemein betrachtet alle Maßnahmen, die soziale Ungleichheit reduzieren. Im Konkreten wird es notwendig sein, Gesundheitsdeterminanten in alle Politikbereiche zu implementieren.

Christine Stelzer-Orthofer

Literatur

- OÖ. Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung (Hg.): Warnung der Armutskonferenz: Armut kann Ihre Gesundheit gefährden. Leseheft 2, Linz 2003
- Statistik Austria (2007a): Soziale Unterschiede in der Sterblichkeit bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen; mehr Akademiker als Pflichtschulabsolventen erleben den 80. Geburtstag; <http://www.statistik.at/cgi-bin/presstext.pl?INDEX=2007021498>
- Statistik Austria (2007b): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005. Wien
- Stelzer-Orthofer Christine (2007): Macht Arbeitslosigkeit krank? Gesundheit und Wohlbefinden von arbeitslosen Menschen. In: Stelzer-Orthofer/Weidenholzer (Hg.): Partizipation und Gerechtigkeit. Linz S 362-374
- Wukounig Monika (2003): Armut macht krank. In: Soziale Sicherheit. Fachzeitschrift der Österreichischen Sozialversicherung, Wien S 446-453

Armut und soziale Isolation

Macht Armut einsam? Die aktuelle Studie der Statistik Austria zu EU-SILC 2006 „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Österreich“ belegt, dass Armut häufig mit sozialer Isolation verbunden ist: Menschen in Armutslagen leben wesentlich öfter allein, haben seltener Kontakte außerhalb des Haushaltes und können deutlich seltener auf ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk zurückgreifen als andere Personen. Bei Frauen in manifesten Armutslagen ist soziale Isolation besonders stark ausgeprägt, während sie bei Männern vor allem gleichzeitig mit Arbeitslosigkeit auftritt.

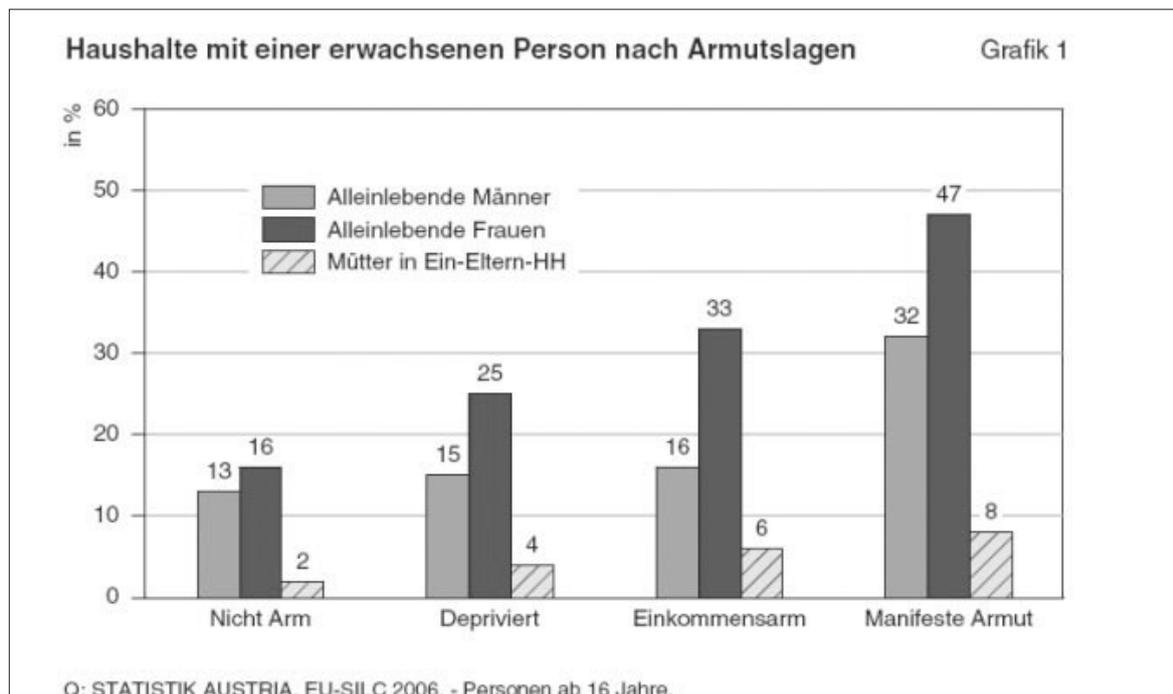
Die Schwelle zur Armutsgefährdung liegt laut EU-SILC 2006 bei einem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen von 893 Euro pro Monat. Dieser Wert liegt um 40 Prozent unter dem österreichischen Mittelwert (Median). Rund eine Million bzw. 13 Prozent aller in Österreich lebenden Menschen sind nach dieser Definition armutsgefährdet. Fast ein Viertel der Bevölkerung bzw. rund zwei Millionen Menschen sind insofern benachteiligt, als sie Beeinträchtigungen in mindestens einem zentralen Lebensbereich wie beispielsweise mangelhafte Wohnungsqualität oder bela-

stende Wohnumwelt oder gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen bzw. weil sie sich übliche Konsumgüter nicht leisten oder elementare Grundbedürfnisse nicht ausreichend befriedigen können. In einer so genannten manifesten Armutslage, bei der solche Benachteiligungen gleichzeitig mit einem armutsgefährdenden Einkommen auftreten, leben 459.000 Menschen.

Arbeitslose Personen haben wenig Kontakte zum sozialen Umfeld

In der aktuellen Studie werden soziale Beziehungen im Haushalt, im näheren privaten Umfeld und im Vereinsleben untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass rund 1,2 Millionen Menschen (18%) in Österreich in Einpersonenhaushalten leben. Arbeitslose Männer (26%) und Frauen in Pension (45%) leben überdurchschnittlich häufig allein. Zwei Prozent der Erwachsenen, vor allem Frauen, leben als einziger Elternteil zusammen mit einem oder mehreren Kindern. Frauen, die in zentralen Lebensbereichen mehrfach benachteiligt sind, leben häufiger allein oder nur mit Kindern im Haushalt (29%), ebenso einkommensarme Frauen (39%) oder manifest arme Frauen (55%). Bei Männern ist der Anteil der alleine lebenden nur in manifesten Armutslagen erhöht (32%).

Rund 70 Prozent der Frauen haben mindestens einmal pro Woche Kontakt zu Verwandten; Kontakte zu Freunden sind bei Frauen ebenso häufig. Hingegen haben nur 58 Prozent der Männer Kontakt zu Ver-



wandten, 71 Prozent jedoch zu Freunden. Insgesamt haben 93 Prozent der Frauen und 91 Prozent der Männer regelmäßigen Kontakt zur Verwandtschaft oder zum Freundeskreis oder zur Nachbarschaft. Anders betrachtet bedeutet dies, dass 238.000 Frauen (7%) und 302.000 Männer (9%) keinen wöchentlichen Kontakt zu einer dieser Gruppen haben und nach dieser Definition als sozial isoliert gelten. Bei arbeitslosen Männern ist der Anteil der sozial isolierten Personen mit 16 Prozent am höchsten.

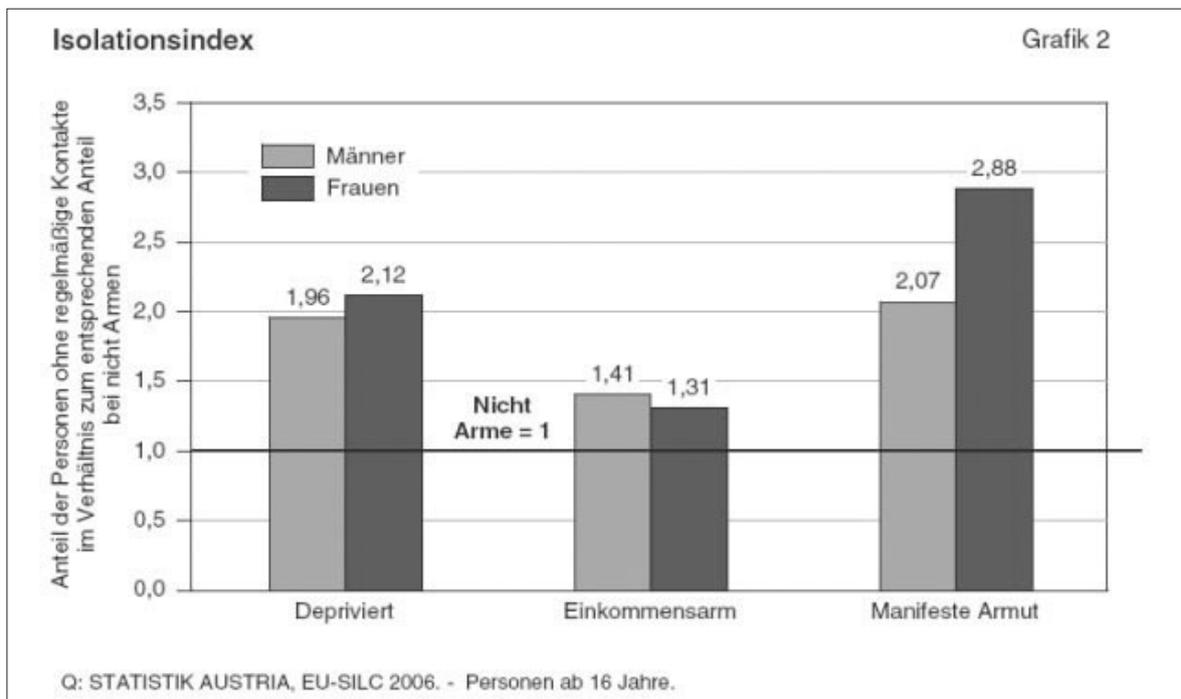
Den geringsten Anteil sozial isolierter Personen weisen "nicht arme" Frauen und Männer (5% bzw. 7%) auf, das sind Personen, die weder im obigen Sinne benachteiligt sind noch einkommensmäßig unter der erwähnten Armutsgefährdungsschwelle liegen. Bei den so genannten einkommensarmen Personen, das sind jene, deren Einkommen zwar unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, die aber keine der genannten Benachteiligungen aufweisen, ist der Anteil sozial isolierter Frauen und Männer etwas höher (7% bzw. 10%). Stärker eingeschränkt sind die sozialen Beziehungen bei "deprivierten Personen", das sind jene, die wie erwähnt benachteiligt, aber nicht armutsgefährdet sind: Der Anteil der deprivierten Frauen (11%) und Männer (15%), die keine sozialen Kontakte haben, ist doppelt so hoch wie bei nicht Armen. Am stärksten isoliert sind "manifest Arme", die sowohl einkommensmäßig als auch im genannten Sinn benachteiligt sind. Bei manifest armen Frauen

(14%) ist der Anteil der sozial isolierten Personen rund dreimal, bei manifest armen Männern (15%) mehr als doppelt so hoch wie bei "nicht Armen".

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei Aktivitäten in Vereinen und Organisationen

Rund 2,1 Millionen Menschen (31%) sind der aktuellen Studie zufolge zumindest einmal pro Monat in einer Organisation oder einem Verein aktiv. Der Anteil der Aktiven ist bei Frauen niedriger (27%) als bei Männern (35%). Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen am stärksten bei politischen Organisationen und Berufsverbänden (Frauen 6%, Männer: 11%) sowie bei Sportvereinen (Frauen 6%, Männer: 15%). Nur in Organisationen im religiösen oder karitativen Bereich sind Frauen (19%) in etwa gleich häufig aktiv wie Männer (18%). Menschen in benachteiligten Lebenssituationen sind weniger häufig in Organisationen oder Vereinen eingebunden. So sind arbeitslose Männer nur zu 19 Prozent regelmäßig aktiv, bei Langzeitarbeitslosigkeit nur noch zu 12 Prozent. Einkommensarme Menschen sind zu 29 Prozent aktiv, deprivierte Personen zu 25 Prozent. Menschen in manifesten Armutslagen sind mit 18 Prozent am wenigsten in Organisationen oder Vereinen präsent. Im Vergleich zu den nicht Armen (34%) sind sie nur rund halb so häufig aktiv.

Laut Statistik Austria leisten rund 2,1 Millionen Menschen (22%) zumindest einmal im Monat informelle



Unterstützung für andere Menschen. 6,1 Millionen Menschen (91%) rechnen damit, dass sie selbst im Notfall Hilfe von Verwandten, Freunden und Nachbarn bekommen. Obwohl die Gruppe der manifest armen Frauen – wie oben gezeigt – eingeschränkte soziale Beziehungen aufweist, leistet sie mit 21 Prozent kaum weniger Hilfe für andere als der Bevölkerungsdurchschnitt. Bei manifest armen Männern liegt dieser Anteil bei 15 Prozent.

Sozial Benachteiligte rechnen weniger mit Hilfe von anderen

Wenn Menschen in einer Armutslage jedoch selbst Unterstützung benötigen, wird die Belastbarkeit ihrer sozialen Beziehungen verhältnismäßig gering eingeschätzt: 43.000 manifest arme Frauen (20%) rechnen

in einem Notfall nicht mit der Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn. Die „soziale Hilflosigkeit“ ist damit bei manifest armen Frauen rund dreimal so hoch wie bei nicht armen Frauen (6%). Von manifest armen Männern rechnen 28.000 (17%) nicht mit Hilfe im Notfall, während nicht arme Männer nur zu sieben Prozent nicht mit Unterstützung rechnen. Von Personen, die entweder einkommensarm oder von Deprivation betroffen sind, leisten 21 Prozent regelmäßig Hilfe, 13 Prozent rechnen damit, selbst keine Hilfe im Notfall zu bekommen.

Quelle: Statistik Austria, Pressemitteilung vom 19.03.2008

Managergehälter weiter im Aufwind

Einer aktuellen Studie der Arbeiterkammer Wien zufolge hat sich die Schiefe in der Einkommensverteilung weiter vergrößert: Vorstände von im ATX notierten Unternehmen verdienten im Vorjahr 1.300.426 Euro pro Kopf (+14%), während die Personalkosten pro Beschäftigten auf 27.349 Euro brutto gesenkt wurden.

Die Studie der betriebswirtschaftlichen Abteilung der AK Wien hat auf Basis der im Jahr 2008 veröffentlichten Geschäftsberichte die Vorstandsvergütung der ATX-Unternehmen analysiert, mit dem Ergebnis: Die Schere zwischen den überzogenen Gagen der Vorstände und ihrer Beschäftigten öffnet sich weiter. Trotz laufender Kritik der Arbeiterkammer, aber auch aus Gesellschaft und Politik, ist den aktuellen Zahlen zufolge keine Trendwende in Sicht. Im Gegenteil: Die Einkommensspanne zwischen Vorstand und Beschäftigten hat sich erneut erhöht und liegt jetzt bereits beim 48-fachen. Im Jahr 2006 war es das 41-Fache, im Jahr 2000 „nur“ das 20-Fache.

Ergebnisse der Studie

Die Auswertung der Arbeiterkammer Wien belegt einen weiteren Anstieg der Vorstandsbezüge der ATX-Unternehmen auf dem hohen Niveau der Vorjahre, obwohl das zweite Halbjahr 2007 von einer schwa-

chen Börsenperformance zahlreicher Unternehmen und entsprechenden Turbulenzen im ATX geprägt war. Während die Vorstandsgagen pro Kopf im Durchschnitt um 14 Prozent angehoben wurden, sank der Bruttobezug eines/r Beschäftigten pro Kopf um fünf Prozent. Dieser Rückgang beim Personalaufwand ist auf den konzernweiten Zuwachs an Beschäftigten in Ländern, die unter dem heimischen Lohnniveau liegen, zurückzuführen. Insgesamt beschäftigen die ATX-Konzerne rund 323.000 ArbeitnehmerInnen. Der Anstieg der Beschäftigten um 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ist in erster Linie auf Expansionen zurückzuführen (beispielsweise verzeichnete die Erste Bank eine Personalsteigerung in Osteuropa um 48 Prozent).

Zum Zeitpunkt der Auswertung im Mai 2008 waren folgende Unternehmen im ATX notiert: Andritz, BWIN, Erste Bank, Flughafen Wien, Intercell, Mayr-Melnhof Karton, Österreichische Post, OMV, Palfinger, Raiffeisen International, RHI, Strabag SE, Telekom Austria, Verbund, Wr. Städtische und Wienerberger. Bei Schoeller-Bleckmann Oilfield beziehen sich die Geschäftsberichtsangaben auf die Vorstandsvergütung aller Konzerngesellschaften, daher ist dieses Unternehmen nicht in die Untersuchung inkludiert. Die Jahresabschlüsse von Voestalpine, Böhler-Uddeholm sowie Zumtobel lagen wegen des abweichenden Wirtschaftsjahres für 2007 zum Untersuchungszeitpunkt noch nicht vor und sind deshalb gleichfalls nicht in der Studie enthalten.

Bei den durchschnittlichen Gagen pro Kopf führen die Vorstände der OMV, Andritz und der Erste Bank mit

Pro Kopf Vergütungen von Vorstand und ArbeitnehmerIn in ATX-Unternehmen

	2005	2006	2007	Veränderung
Vorstandsgagen/Kopf in Euro	1.008.292	1.144.227	1.300.426	+14%
Bruttobezug/Kopf in Euro	24.890	28.851	27.349	-5%

AK- Berechnungen (ohne Schoeller-Bleckmann, Voestalpine, Böhler-Uddeholm und Zumtobel)

jeweils mehr als 2 Mio. Euro pro Jahr, Telekom und InterCell geben im Durchschnitt rund 1,2 Mio. Euro für ein Vorstandsmitglied aus. Der Rückgang bei der Managementvergütung der Telekom ist auf geringere Gewinne aus Aktienoptionen zurückzuführen, 2007 lukrierte der Vorstand 747.000 Euro aus Stock-Options, im Jahr davor waren es noch 3,4 Mio. Euro.

Über einen starken Anstieg bei der Pro-Kopf-Vergütung durfte sich 2007 das Top-Management von Palfinger, Strabag SE, der OMV, Mayr-Melnhof und Wienerberger freuen. Der ATX-Neuling und Kranhersteller Palfinger zahlte seinem Vorstand mit 524.000 Euro nahezu den doppelten Gehalt des Vorjahres, die variable Vergütung wurde dabei sogar um 130 Prozent gesteigert und liegt nun bei 300.000 Euro.

Forderungen der Arbeiterkammer

1. *Gesetzliche Verpflichtung zur Einzelveröffentlichung von Vorstandsbezügen:* Aus Sicht der Arbeiterkammer sollten die börsennotierten Unternehmen und die großen im öffentlichen Interesse stehenden Unternehmen gem. § 271a Abs 1 UGB (Unternehmensgesetzbuch) in die gesetzliche Verpflichtung zur Einzelveröffentlichung von Vorstandsbezügen einbezogen werden. Dies sollte im § 239 UGB (Pflichtangaben über Organe und ArbeitnehmerInnen) verankert werden.
2. *Stärkere Einbeziehung der Hauptversammlung:* Nach Wahl des Vorstands durch den Gesamtaufsichtsrat erfolgt die Ausarbeitung der Anstellungsverträge regelmäßig im Aufsichtsratspräsidium. Oftmals gehören dem Präsidium Mitglieder an, die gleichzeitig agierende Vorstandsmitglieder in anderen Gesellschaften sind. Da die Höhe der Vorstandsbezüge von verschiedenen Parametern abhängt (Branche, Größe der Unternehmen, generelle Gehaltsentwicklungen etc.), bestimmen letztlich die Vorstandsmitglieder im Aufsichtsratspräsidium indirekt auch über ihre Gehaltsentwicklung ab. Die AK fordert, dass die Hauptversammlung über die Vorstandsverträge sowie die individuelle Einzelvergütung informiert werden muss.

3. *Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Stock Option-Plänen:* Mit dem Kapitalmarktöffensivegesetz wurde im Jahr 2001 eine steuerliche Begünstigung für so genannte Stock-Options-Modelle eingeführt. Durch diese Begünstigung werden Gewinne aus Aktienoptionsmodellen im Ausmaß von bis zu 50 Prozent von der Einkommensteuer befreit.¹ Diese Begünstigung kommt in der Praxis zum überwiegenden Teil Top-Managern zugute, währenddessen der Großteil der ArbeitnehmerInnen von dieser Steuerbegünstigung nicht profitiert. Die AK erachtet diese Begünstigung insofern als sachlich nicht gerechtfertigt und fordert daher ihre Rücknahme.
4. *Mehr Transparenz der tatsächlichen Kosten von Stock Option-Plänen:* Im Anhang (§ 239 UGB) sollte der AK zufolge angegeben werden, welche Belastung des Unternehmensgewinnes bzw. der Aktionäre im jeweiligen Geschäftsjahr aus Stock Options-Programmen insgesamt sowie aus Programmen speziell für Vorstandsmitglieder entstehen.
5. *Erarbeitung von Kriterien der Angemessenheit von Managergehältern:* Dieser Aufgabe sollte sich nach AK-Vorstellungen der Arbeitskreis für den Corporate Governance Kodex unter dem Vorsitz des Regierungsbeauftragten für den Kapitalmarkt annehmen. Dabei wären auch Maßstäbe zu entwickeln, die als Orientierung für Obergrenzen sowohl bei den laufenden Bezügen als auch bei Abfertigungen, Abfindungen, Pensionsregelungen etc. herangezogen werden können. Ein wichtiges Kriterium sollte dabei die Höhe der Vorstandsgehälter im Verhältnis zu den durchschnittlichen Personalaufwendungen sein.
6. *Steuerliche Maßnahmen gegen übermäßige Vorstandsgehälter:* Aus Sicht der AK sollten unangemessen hohe Vorstandsgehälter (ab dem 20-Fachen eines Arbeitnehmereinkommens) nicht mehr als Betriebsausgabe absetzbar sein. Jener Teil des Vorstandsbezuges, der als unangemessen hoch qualifiziert wird, sollte nicht mehr von der Körperschaftsteuer abgeschrieben werden können.

7. *Nachhaltige Kriterien statt Orientierung an Stock Options*: Die AK fordert von Unternehmen, die soziale Verantwortung ernst nehmen (Schlagwort CSR – Corporate Social Responsibility), dass sie ihre Vorstände nicht alleine nach finanziellen Kriterien entlohnen, sondern auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen. Das Kriterium „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ dürfe dabei in keinem Kriterienkatalog fehlen. Die Umsetzung dieser Maßnahme sollte nach Vorstellungen der Arbeiterkammer im Corporate Governance-Kodex als „comply or explain“-Regel erfolgen.

Reaktionen

Mit ihrer Kritik an den überdimensionierten Vorstandsgehältern stieß die Arbeiterkammer zum Teil auch beim Sozialpartner auf Verständnis. Im „Kurier“-Gespräch mahnte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl eine „vernünftige Relation“ bei den Gehältern ein: „Man kann den Menschen nicht dauernd einreden, dass bei den Lohnsteigerungen Zurückhaltung angesagt ist, und dann greifen die Manager ins Volle.“ Im Internationalen Vergleich hätten die Manager in Österreich aber „das Augenmaß

bewahrt“, findet Leitl. So sieht dies auch der Präsident der Industriellen-Vereinigung, Veit Sorger. Im Gegensatz zu AK-Präsident Herbert Tumpel, der mehr Transparenz bei den Managergehältern fordert, sind Sorger und Leitl dagegen, dass börsennotierte Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Gehälter ihrer Vorstände einzeln zu veröffentlichen (derzeit müssen nur die Gesamtbeträge veröffentlicht werden).

Anmerkung

- 1 Die Begünstigung kommt nur insoweit zur Anwendung, als der Wert der Beteiligung im Zeitpunkt der Einräumung der Option den Betrag von 36.400 Euro nicht übersteigt.

Quellen: AK-Studie: Trotz Börsenkrise erneut Rekordgagen für ATX-Manager, wien.arbeiterkammer.at, 23.05.2008; Super-Gagen: Die Manager und ihr Fußvolk, Kurier, 22.05.2008; Managergagen schon 48 Mal so hoch wie Durchschnittsgehalt, derStandard.at, 22.05.2008

Wieviel Ungleichheit verträgt das Land?

Durch die wachsenden Einkommensunterschiede in Deutschland drohe eine Spaltung der Gesellschaft, befanden Soziologen und Arbeitsmarktforscher bei einer Tagung in Nürnberg. Die Zuversicht, dass sozialer Aufstieg durch Leistung möglich sei, gebe es nun nicht mehr.

Noch vor ungefähr fünfzehn Jahren war Armut kein Thema in der öffentlichen Berichterstattung. *Elisabeth Niejahr*, Journalistin der „Zeit“ und Moderatorin der Nürnberger Gespräche, die am 9. Juni 2008 im Historischen Rathausaal der Stadt stattfanden, wollte von den Diskutanten erfahren, was sich seither geändert habe: die Fakten, die Stimmung, die Erwartungen?

Entkopplung von Einkommen und Leistung?

Die Vortragenden waren sich überwiegend einig: Durch die wachsenden Einkommensunterschiede

drohe eine Spaltung der Gesellschaft. „Die Armut ist da. Schauen Sie sich doch nur einmal am Nürnberger Hauptbahnhof um. Da sehen Sie viele Leute, die Müll-eimer nach Verwertbarem durchsuchen – das gab es in diesem Ausmaß bislang nicht“, konstatierte IAB-Direktor *Joachim Möller* und sah darin einen sichtbaren Beleg für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die Lohnungleichheit sei heute deutlich höher als in der Vergangenheit: Gering Qualifizierte stünden in Deutschland inzwischen schlechter da als in den USA, die lange als Niedriglohnland Nummer eins kritisiert wurden. Dort, so Möller, gebe es immerhin einen Mindestlohn. Möller verwies auf die Ausführungen seines Kollegen *Gustav Horn*, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf. Dieser hatte aufgezeigt, dass die real verfügbaren Durchschnittseinkommen erstmals in einem Aufschwung gesunken, nicht gestiegen seien (siehe auch nachstehender Beitrag).

Den Einwand von *Wolfgang Wiegand*, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg, dass Niedriglöhne eben dort bezahlt würden, wo die Produktivität der Arbeit zu gering sei, parierte Möller

mit der These, dass sich Einkommen und Leistung zunehmend entkoppelten. Die Höhe des Lohnes habe gerade bei Spitzeneinkommen nicht unbedingt mit Leistung zu tun. Nach Erkenntnissen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind vor allem Kapitalanleger die Gewinner des aktuellen Aufschwungs, nicht jedoch Familien mit normalen Arbeitseinkommen. Zur Illustration verwendete Möller ein Beispiel des amerikanischen Ökonomen Paul Krugman: Der bestbezahlte Manager eines Hedgefonds in den USA habe in einem Jahr mehr verdient als alle 80.000 Lehrerinnen und Lehrer des Bundesstaats New York zusammen in drei Jahren.

Dagegen warnte Wolfgang Wiegand, als Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einer der so genannten deutschen „Wirtschaftsweisen“, vor allzu viel Pessimismus. Die Langzeitarbeitslosigkeit sei im Aufschwung deutlich zurückgegangen. Auch seien für das Ausmaß an Ungleichheit nicht die Bruttolöhne, sondern die Nettolöhne maßgebend, denn diese schlossen auch die Verteilungswirkungen des Steuer- und Sozialsystems ein. Zudem, so Wiegand, stammten die Zahlen des aktuellen Armutsberichts aus dem Jahr 2005. Damals stand man erst am Beginn des Aufschwungs.

Der nächste Bericht, gab sich Wiegand überzeugt, werde einen Rückgang der Armut ausweisen. „Wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, sinkt auch die Armut“ – laut Wiegand ein Beleg für die Wirksamkeit der Schröder’schen Reformen. Damit provozierte er Widerspruch. IAB-Direktor Horn beharrte auf seiner Position, dass trotz des Aufschwungs die Zahl der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben könnten, gestiegen sei.

Soziale Entmischung

Auch warnte Horn vor Spaltungstendenzen, die sich aus der Erosion des Tarifgefüges ergäben: Kleine Berufsgruppen wie Piloten und Lokführer versuchten, sich durch Druck Vorteile gegenüber Schwächeren zu verschaffen. Dieser Meinung schloss sich *Heinz Bude*, Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel, an. In seinem Buch „Die Ausgeschlossenen“ (siehe Kasten) schildere er Menschen, die nicht unbedingt arm seien, die aber spürten, dass es auf sie nicht mehr ankommt. Budes Fazit: Das Problem sei nicht so sehr die Ungleichheit, sondern die soziale Entmischung. Die Milieus blieben unter sich – „oben bleibt oben, unten unten, und die Mitte bröckelt“. Bude sprach vom „verlorenen Optimismus, es doch in diese Mitte zu schaffen“; ein Befund, der durch die Ergebnisse

einer Befragung von Hartz-IV-Empfängern gestützt wurde, die der IAB-Forscher *Markus Promberger* während der Veranstaltung präsentierte: Die Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger leide unter Abstiegängsten und Statusverlust, so Prombergers ernüchterndes Fazit.

Budes Einschätzung wird in der Tendenz auch durch eine aktuelle IAB-Studie zur Niedriglohnbeschäftigung gestützt, deren Kernaussagen der Ökonom *Claus Schnabel* von der Universität Erlangen-Nürnberg vorstellte. Die Studie beruht auf einer Stichprobe von knapp 30.000 Personen, die sowohl 1998 als auch 1999 im Niedriglohnssektor vollzeitbeschäftigt waren, d.h. weniger als zwei Drittel des mittleren Lohnes verdienten, und deren Verbleib bis ins Jahr 2005 verfolgt wurde. Dabei konnte Folgendes erhoben werden:

- Gut jeder achte Geringverdiener von 1998/99 erreichte 2005 einen Lohn oberhalb der Geringverdienschwelle.
- Etwa jeder dritte ursprüngliche Geringverdiener war auch 2005 noch als Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnssektor tätig.
- Unter den Männern schafften 20 Prozent den Aufstieg aus dem Niedriglohnssektor, unter den Frauen jedoch nur 11 Prozent.
- Überdurchschnittlich häufig aufgestiegen sind auch jüngere und besser ausgebildete Geringverdiener.
- Je größer ein Betrieb ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass einem Geringverdiener innerbetrieblich oder durch Wechsel des Betriebs der Aufstieg gelingt.
- 42 Prozent der Personen, die den Betrieb wechselten, schafften den Aufstieg, unter den BetriebsverbleiberInnen dagegen nur 18 Prozent.

Die Chancen auf eine berufliche Besserstellung sind somit insbesondere für Frauen und Ältere sehr gering. Laut Bude schwinde die Zuversicht, dass sich Leistung lohne und den Aufstieg ermögliche. Ähnlich äußerte sich auch Nürnbergs Oberbürgermeister *Ulrich Maly* der vom „verlorenen Gründungsmythos“ der Bundesrepublik sprach: „Jeder kann es schaffen, jeder wird mitgenommen“ – seit den letzten Arbeitsmarktreformen gelte dies nicht mehr. Immerhin, so Maly, sei Deutschland nun „mittendrin, endlich mal wieder eine Debatte darüber zu führen, welchen Staat wir eigentlich wollen“. Es gehe um die Essenz der sozialen Marktwirtschaft, um die „Gleichheit der Chancen“, die nicht mehr gegeben sei.

Drinne und Draußen

Einkommensarmut ist ein wesentlicher, aber nicht der einzige Aspekt von sozialer Benachteiligung. Es gehe auch darum, so der Kasseler Soziologe Heinz Bude, wer in unserer Gesellschaft "drinnen" und wer "draußen" ist. Es stellt sich somit die Frage nach dem sozialen Ausschluss bzw. „nach dem verweigerten oder zugestandenen Platz im Gesamtgefüge der Gesellschaft“. Entscheidend ist, „ob Menschen das Gefühl haben, dass ihnen Chancen offen stehen und dass ihnen ihre Leistung eine hörbare Stimme verleiht, oder ob sie glauben müssen, nirgendwo hinzugehören, und dass ihnen ihre Anstrengungen und Mühe niemand abnimmt“, erläutert der Soziologe.

Aus der Gesellschaft Ausgeschlossene gab es zu jeder Zeit. Neu ist Bude zufolge das soziale Absinken immer größerer Teile der Mittelschicht. Als Beispiele nennt Bude das Medienprekariat, das sich aus freiberuflichen und schlecht bezahlten Zulieferern für Zeitungen, Fernsehen und Radio zusammensetzt, weiters die zahlreichen minimal bezahlten PraktikantInnen, die trotz Univer­sitätsabschluss keine adäquate Anstellung finden, gut ausgebildete Fachkräfte, die aufgrund ihres Alters nicht mehr gebraucht werden oder ehemalige Staatsbedienstete, die in Auffanggesellschaften ausgegliedert wurden. D.h. Bildung schützt heute keineswegs mehr vor dem Ausgeschlossensein.

„Die Milieus teilen sich in relative Gewinner und relative Verlierer. Es ist im Zweifelsfall eine Frage der Energie, des Geschicks und der Berechnung, aber auch eine der Gelegenheiten und des Glücks, ob die Leute auf der sonnigen oder auf der schattigen Seite der Straße landen“, schreibt Bude. Zumeist ist es kein abrupter Abstieg, der sich von heute auf morgen vollzieht. Aber irgendwann einmal merken die Betroffenen, dass sie nicht mehr dazugehören. Arbeitskollegen gibt es keine und die Freunde werden auch immer weniger. Sozialer Ausschluss lasse sich am Ende am Körper der Betroffenen ablesen, meint der Kasseler Soziologe. Die Betroffenen kennzeichnet schlechte Ernährung und wenig Bewegung – mit den bekannten Konsequenzen für Gesundheit und Lebenserwartung.

Der ORF-Rezensent Gerhard Prettnig hält Heinz Budes "Die Ausgeschlossenen" für ein „sehr kluges, äußerst lesenswertes Buch“, das „aktuelle Tendenzen ohne falsches Pathos und ohne Hysterisierung beschreibt“. Und Christian Schlüter von der Frankfurter Rundschau zufolge lässt sich Budes Traktat „als dringlicher, geradezu überfälliger Appell (...) verstehen, statt sich mit anonymen Statistiken zu beschäftigen, wieder zu den Sachen selbst zurückzukehren – bevor es zu spät ist“.

*Heinz Bude: Die Ausgeschlossenen
Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Hanser Verlag, 144 Seiten, EUR 14,90 (D)*

Einen anderen Aspekt der Gerechtigkeitsdiskussion beleuchtete die IAB-Forscherin *Gesine Stephan*. Meldungen zu Entlassungen und Lohnkürzungen sind an der Tagesordnung. Kaum erforscht sei jedoch, wie die Allgemeinheit darauf reagiert. Stephan stellte die repräsentativen empirischen Befunde der Studie "Arbeit und Fairness" vor, die diese Lücke schließen sollen. Die Befragungsdaten zeigten, dass Entlassungen und Einkommenskürzungen das Engagement der Beschäftigten für ihre Firma tendenziell schmälern und die Bereitschaft zur Kündigung erhöhen.

Durchlässigeres Bildungssystem gefordert

Weitgehend einig war man sich darin, dass mehr Geld für Bildung bereitgestellt werden müsse und dass es

eines durchlässigeren Schulsystems bedürfe, um auch Kindern aus unteren Einkommensschichten bessere Bildungschancen zu eröffnen. IAB-Direktor Horn sprach sich zudem für eine Stärkung der Gewerkschaften, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine Besteuerung hoher Vermögen und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer aus. Die letztgenannte Maßnahme sei, so Horn, auch deswegen sachgerecht, weil es dabei um leistungsloses Einkommen gehe.

Quellen: www.iab.de, 17.06.2008; Kölnische Rundschau online, 10.06.2008; www.hanser.de; oe1.orf.at, 29.04.2008

Aufschwung ohne Einkommenszuwachs

Eine Untersuchung zur Einkommens- und Konsumententwicklung in Deutschland zeigt: Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre ist an den meisten ArbeitnehmerInnenhaushalten vorbeigegangen.

Von der ökonomischen Schönwetterlage der vergangenen drei Jahre haben in Deutschland viel weniger Menschen profitiert als im letzten Aufschwung von 1998 bis Anfang 2001. Der Zuwachs an Wirtschaftsleistung ist dieses Mal zum überwiegenden Teil den BezieherInnen von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugeflossen. Die realen Nettolöhne je Beschäftigtem sind dagegen im aktuellen Aufschwung sogar um 3,5 Prozent gesunken. Das sind die zentralen Ergebnisse einer Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Auch die staatlichen Transfers an die privaten Haushalte sind, anders als in früheren Aufschwungzyklen, real deutlich zurückgegangen. Zwar kam die gute Wirtschaftsentwicklung auch jenen zuvor arbeitslosen Menschen zugute, die eine neue Stelle fanden. Die Beschäftigung wuchs aber in diesem Aufschwung nicht wesentlich stärker als im Aufschwung um die Jahrtausendwende. "Der von vielen als Belohnung für Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktflexibilisierung versprochene erhebliche zusätzliche Beschäftigungsanstieg hat sich nicht eingestellt", sagt der wissenschaftliche Direktor des Instituts, Gustav Horn: "Für die große Mehrheit der Bevölkerung hat der Begriff Konjunkturaufschwung eine neue Qualität bekommen: Wachstum ohne Einkommenszuwachs".

Das IMK sieht angesichts der einseitigen Einkommensentwicklung nur geringe Chancen für einen Schub beim Konsum, der nach den Analysen vieler ForscherInnen die Konjunktur in diesem Jahr antreiben müsste, um einen Abschwung zu verhindern. Mit Hilfe ökonomischer Simulationsrechnungen können die WissenschaftlerInnen abgrenzen, wie stark sich verschiedene Faktoren auf die Einkommensentwicklung, den Konsum und das Wachstum ausgewirkt haben. Dabei zeigt sich: Von erheblicher Bedeutung ist, dass die Lohnentwicklung gesamtwirtschaftlich deutlich hinter dem Wachstum von Produktivität und Inflation zurückblieb, hinzu kommen die Folgen der Mehrwersteuererhöhung im Jänner des Vorjahres von

16 auf 19 Prozent, die bis in dieses Jahr reichen. Eine stärkere Lohnentwicklung, die gesamtwirtschaftlich den Verteilungsspielraum von rund 3,5 Prozent ausschöpft, würde dem IMK-Direktor zufolge „Konsum und Wirtschaftsentwicklung voranbringen“.

Privatkonsum stagniert

Für die Studie „Wer profitiert vom Aufschwung?“ haben Horn und die IMK-ForscherInnen Camille Logeay und Rudolf Zwiener auf Basis der aktuellsten verfügbaren Daten den jüngsten und den vorhergegangenen Aufschwungzyklus miteinander verglichen. Beide Zyklen umfassten jeweils elf Quartale. Der aktuelle Aufschwung begann im vierten Quartal 2004, der vorige im zweiten Quartal 1998. In beiden Phasen stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um jeweils sieben Prozent. Ein markanter Unterschied: Die wirtschaftliche Erholung ist im jüngsten Aufschwung fast ausschließlich vom Export getrieben, der preisbereinigt um 31 Prozent zunahm. Die Binnennachfrage (+4%), besonders jedoch der private Verbrauch blieben unter dem für eine Boomphase üblichen Niveau. In diesem Aufschwung stagnierte der Privatkonsum mit real plus einem Prozent. Im vorigen Zyklus war er real noch um gut sieben Prozent gewachsen.

Der Grund für die schwachen Konsumdaten liegt in der Einkommensentwicklung: Inflationsbereinigt stagnierte auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Im vorigen Aufschwung hatte es preisbereinigt noch um immerhin sieben Prozent zugenommen – genauso stark wie das Wirtschaftswachstum. Dabei entwickelten sich die einzelnen Einkommensarten sehr unterschiedlich:

- An den BezieherInnen von Lohneinkommen ging der Aufschwung bislang vorbei, wie verschiedene Kenngrößen deutlich machen. Die realen Nettolohneinkommen aller Beschäftigten, gemessen in der Nettolohn- und Gehaltssumme, sanken um 1,5 Prozent – nach einem Zuwachs von real gut acht Prozent im Aufschwung zuvor. Die realen Nettolöhne je Arbeitnehmer gingen in diesem Aufschwung sogar um 3,5 Prozent zurück. Im Vergleichszyklus waren sie noch um vier Prozent gestiegen. Die Bruttolohnquote, die im letzten Aufschwung nach elf Quartalen bei rund 71 Prozent stagnierte, ist in diesem Zyklus von rund 68 auf etwa 64 Prozent gefallen.
- Noch deutlicher sanken die realen Transfers, darunter Renten, an die privaten Haushalte: nämlich um fast sechs Prozent. Im vorigen Aufschwung

waren die Leistungen noch um knapp vier Prozent gestiegen. Den Rückgang erklären die Ökonomen des IMK mit Nullrunden bei den nominalen Renten, stagnierenden nominalen Leistungen bei Kindergeld, Stipendien und anderen staatlichen Leistungen. Nur zu einem geringen Teil habe auch die niedrigere Arbeitslosenzahl dazu beigetragen.

- Die Einnahmen von UnternehmerInnen, vielen Selbstständigen, AktienbesitzerInnen und anderen Kapitaleignern stiegen dagegen deutlich an. Die Gewinne der Unternehmen seien "geradezu explodiert", so die ForscherInnen: Die nominalen Bruttogewinne der Unternehmen wuchsen in diesem Aufschwung um 25 Prozent - nach fünf Prozent im vorigen Zyklus. Der Anteil der Bruttogewinnquote am Volkseinkommen stieg von 32 auf knapp 36 Prozent. Die sehr gute Entwicklung der Gewinne ist nach der IMK-Analyse die Kehrseite der schwachen Entwicklung bei den Arbeitnehmerereinkommen: "Die Unternehmen waren bei guter Konjunktur nicht gezwungen, die geringen Arbeitskostensteigerungen vollständig in den Preisen weiterzugeben und diese - bei Einrechnung der Produktivitätsfortschritte - zu senken", schreiben die WissenschaftlerInnen. "Letztlich konnte der Aufschwung von den Unternehmen für

eine massive Umverteilung zu ihren Gunsten genutzt werden."

Damit sei der Einkommenszuwachs bislang vor allem den VermögensbesitzerInnen zugute gekommen, so das IMK, und damit einer relativ kleinen Gruppe in der Bevölkerung. Zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung haben kein oder nur geringes Vermögen, während das reichste Zehntel knapp 60 Prozent besitzt, wie eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Vermögensstudie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergeben hat (siehe Kasten). Auch wenn ein Teil der ArbeitnehmerInnen Haushalte Kapitalvermögen oder Aktien besitzt, ist für die große Mehrheit der Arbeitsverdienst die dominierende Einkommensquelle.

Keine Ausnahme-Dynamik bei der Beschäftigung

Die schwache Einkommensentwicklung ging nicht mit einer besonders starken Beschäftigungstendenz einher, so die IMK-Analyse. Die Beschäftigung entwickelte sich in diesem Aufschwung mit einer Zunahme von zwei Prozent nicht außergewöhnlich stark. Die Zahl der Arbeitslosen sank zwar um gut 700.000 Personen. Die hohe Dynamik erklären die ForscherInnen jedoch zu einem Gutteil damit, dass

Schiefelage bei Vermögensverteilung

Rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland verfügen über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung / DIW Berlin auf Basis der Vermögenserhebung im Rahmen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP).

Im Durchschnitt beträgt das individuelle Nettovermögen rund 81.000 Euro. Aufgrund der sehr ungleichen Verteilung liegt der mittlere Wert nur bei etwa 15.000 Euro. Dies ist der Wert, der die reichere und die ärmere Hälfte der Bevölkerung trennt. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt fast zwei Drittel des gesamten Vermögens, dagegen verfügen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung nur über einen Anteil am Gesamtvermögen von weniger als zehn Prozent.

Personen mit Migrationshintergrund verfügen nur über jeweils weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Vermögens. Da westdeutsche

MigrantInnen häufiger nennenswertes Betriebsvermögen haben, ist ihr durchschnittliches Vermögen allerdings höher als das der einheimischen Bevölkerung in Ostdeutschland. Männer besitzen durchschnittlich rund 96.000 Euro (mittlerer Wert 20.000 Euro), Frauen nur etwa durchschnittlich 67.000 Euro (mittlerer Wert 10.000 Euro). Das höchste Nettovermögen nach Altersgruppen besitzt mit knapp 130.000 Euro die Gruppe der 56- bis 65-Jährigen.

Der Anteil der Unternehmens- und Vermögens-einkommen am gesamten Volkseinkommen hat von 1996 bis 2006 um knapp vier Prozentpunkte auf 33,8 Prozent zugenommen. Vor diesem Hintergrund regt das DIW ein Überdenken der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer an, zumal die deutschen Steuersätze im internationalen Vergleich gering und die Freibeträge bereits sehr umfangreich seien.

Quelle: Pressemitteilung des DIW Berlin vom 07.11.2007

geburtstarke Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden. So sank das Arbeitskräfteangebot, während es im vorherigen Aufschwung noch zunahm. Verglichen mit dem letzten Aufschwung hat die Gesamtzahl der Beschäftigten etwas weniger stark zugenommen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten etwas stärker (+ 759.000 Personen nach +653.000).

Vor diesem Hintergrund attestieren die ForscherInnen den Arbeitsmarktreformenten der vergangenen Jahre unter dem Aspekt der Beschäftigungsentwicklung "allenfalls leicht positive Effekte". Zugleich setzten die Förderung von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung ebenso wie die Aufstocker-Regelungen von Hartz IV die Löhne für reguläre Beschäftigung unter Druck. "Das Problem ist für Deutschland von besonderer Bedeutung, weil im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern keine Lohnuntergrenze in Form eines Mindestlohns existiert", warnen die Ökonomen.

Simulationsrechnungen

Mit ökonomischen Simulationsrechnungen haben die Wissenschaftler untersucht, wie sich Einkommen, Konsum und Bruttoinlandsprodukt entwickelt hätten, wenn sich Löhne, Finanzpolitik und Importpreise in diesem Aufschwung ebenso entwickelt hätten wie im vorigen. Das Ergebnis:

- Die im Vergleich zum letzten Aufschwung niedrigere Lohnentwicklung half zwar dem Export. Doch sie schadete dem privaten Verbrauch, mit 55 Prozent die größte Komponente der wirtschaftli-

chen Entwicklung. Allein als Folge der geringeren Lohnsteigerungen in den vergangenen drei Jahren büßten die realen Nettolöhne je Beschäftigtem im Vergleich rund dreieinhalb Prozent ein. Das schmälerte den Konsum um gut ein Prozent und das BIP-Wachstum um einen halben Prozentpunkt.

- Das Wachstum wurde durch die Kombination aus höherer Mehrwertsteuer und den geringeren Transfers an die privaten Haushalte bisher um knapp einen Prozentpunkt gedrückt. Die Auswirkungen auf den privaten Verbrauch waren erheblich - er wurde dadurch um knapp 1,5 Prozent reduziert.
- Die im Vergleich deutlich stärkere Steigerung der Importpreise reduzierte die realen Nettolöhne je Beschäftigten um bis zu 1,5 Prozent. Der reale private Konsum wurde durch die vergleichsweise höhere Preisentwicklung um rund ein Prozent reduziert. Höhere Importpreise, etwa für Öl und Gas, gehen aber einher mit einer größeren Güternachfrage in den ölexportierenden Ländern. Davon profitiert wiederum die deutsche Exportindustrie. Daher hat sich das Wirtschaftswachstum durch die im Vergleich höheren Importpreise und die stärkere Exportentwicklung tendenziell sogar erhöht, so das IMK.

Quelle: IMK: Neue Studie untersucht Einkommen und Konsum. Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 04.03.2008

Globalisierung und Verteilungsgerechtigkeit

Die wohlfahrtstaatlichen Systeme Europas sind durch die Globalisierung unter Druck geraten, die soziale Ungleichheit nimmt zu. Bei einem Pressegespräch Ende Juni in Linz sprachen sich die Teilnehmer für eine politische Gestaltung der Globalisierung aus, um mehr Verteilungsgerechtigkeit sowohl international wie auch im nationalen Rahmen zu erreichen.

In den letzten Jahrzehnten wurden die Märkte weltweit liberalisiert: von den Kapital- und Güter- bis hin zu den Dienstleistungsmärkten. Daraus ergab sich

unter anderem ein Druck auf die Staaten in Richtung Deregulierung im Arbeits- und Sozialbereich („Standortwettbewerb“). Privatisierungen bei öffentlichen Dienstleistungen ergänzten diese (neo)liberale Wirtschaftspolitik, die, so AKOÖ-Präsident *Johann Kalliauer*, von vielen unter dem Begriff Globalisierung zusammengefasst wird.

Kalliauer wies darauf hin, dass die Wirtschaft zwar insgesamt gewachsen ist, dass davon jedoch nicht alle profitieren: „Die globale Ungleichverteilung wurde alles andere als entschärft. Noch immer verdient die Hälfte der Welterwerbsbevölkerung weniger als zwei Dollar pro Tag. Nach wie vor müssen die ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung mit nur 1,5 Prozent des Welteinkommens auskommen bzw. die ärmsten 40 Prozent mit nur fünf Prozent des Welteinkommens.“

Während die Industrieländer des Nordens und die Schwellenländer (China, Indien) aufgrund der Globalisierung insgesamt eher gewonnen hätten, hätten viele Entwicklungsländer (vor allem Afrika südlich der Sahara) verloren. Aber auch innerhalb der „Gewinnerstaaten“ gehe die Einkommensschere auseinander: „Von den Arbeitnehmern/innen werden laufend Einschränkungen verlangt, während die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen steigen“, kritisierte der AK-Präsident.

So verdienten in den EU27-Staaten im Jahr 2000 laut EU-Sozialbericht 2007 die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung im Schnitt das 4,5fache Einkommen der ärmsten 20 Prozent. Dieses Verhältnis ist im Jahr 2006 auf das 4,8fache gestiegen. Obwohl die Bekämpfung von Armut seit langem ein erklärtes Ziel der EU ist, leben noch immer erschreckend viele Menschen unter prekären Bedingungen. Im Jahr 2004 mussten 100 Millionen Europäer/innen (22 Prozent der Gesamtbevölkerung) mit weniger als 22 Euro pro Tag auskommen. Die meisten davon stammen aus den neuen Mitgliedstaaten, aber auch in den EU15 sind viele betroffen.

Mindestarbeitsnormen durchsetzen

Um zu mehr Verteilungsgerechtigkeit zu kommen, müsse die Globalisierung im Sinne einer koordinierten Wachstumspolitik fair gestaltet werden, forderte Kalliauer. Folgende Maßnahmen auf internationaler, europäischer wie auch nationaler Ebene sind seines Erachtens hierfür notwendig:

Sowohl innerhalb der EU als auch im Rahmen der Außenbeziehungen müssten Standards auf hohem Niveau im Arbeits-, Sozial- und Umweltbereich sowie bei Löhnen und Steuern etabliert werden. „Die neue EU-Arbeitszeitrichtlinie ist in dieser Hinsicht leider enttäuschend“, befindet Kalliauer. International müsse es Ziel sein, die Mindestarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wie etwa die Vereinigungsfreiheit der Gewerkschaften, das Recht auf gleiche Entlohnung für Frau und Mann oder ein Mindestalter für Berufstätigkeit, in die bilateralen Handelsabkommen, aber auch in das WTO-Regelwerk einzubauen.

Entscheidend ist für Kalliauer auch der Schutz öffentlicher Dienstleistungen, um die optimale Leistbarkeit und Verfügbarkeit von Energie, Verkehr, Wasser, Bildung, Gesundheit usw. sicherzustellen. Er spricht sich insofern gegen einen Zwang zur Liberalisierung und/oder Privatisierung durch europäisches und internationales Recht aus. Aber auch die Nationalstaat-

ten dürften sich nicht auf ihre „Kernaufgaben“ beschränken, sondern müssten ihre volle politische Verantwortung für Qualität, Leistbarkeit und Verfügbarkeit der Dienstleistungen wahrnehmen.

Angesichts der US-Finanzkrise, die das globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds gebracht habe, gelte es, die Bemühungen zur Schaffung von mehr Transparenz und Regulierung der Finanzmärkte weiter zu forcieren. Kalliauer spricht sich für die Gründung einer Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörde aus, mit deren Hilfe auch die Koordination der nationalen Behörden verbessert werden könnte.

Da Österreich bei den Einnahmen aus den Gewinn- und Vermögenssteuern im Vergleich zu anderen Industrieländern zu den Schlusslichtern zählt, fordert der AK-Präsident, die Einnahmen aus Steuern von Vermögen in Richtung EU-Durchschnitt anzuheben. Dies hätte positive Auswirkungen aufs Budget und würde verhindern, dass Österreich zum internationalen Steuerdumping beiträgt.

Beschleunigter Strukturwandel

Professor *Herbert Walther* vom Institut für Arbeitsmarkttheorie und -politik der Wirtschaftsuniversität Wien widmete sich den Auswirkungen der Globalisierung auf den universalistischen Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung. Dieser gerät angesichts der neueren ökonomischen Entwicklung (aber auch aus eher hausgemachten, demographischen Gründen) zunehmend in Bedrängnis. Denn das vor allem durch die Öffnung des Ostblocks und die Integration Asiens in die marktwirtschaftliche Arbeitsteilung deutlich gestiegene Angebot an billiger Arbeitskraft hat Betriebsverlagerungen, aber auch teilweises Auslagern lohnintensiver Fertigungen aus den alten Industrieländern nach sich gezogen.

Für die Empfängerländer der Direktinvestitionen habe dieser Prozess grundsätzlich positive Folgen: Hunderte Millionen Menschen hätten sich aus absoluter Armut befreien können. Auch die alten Industrieländer (z.B. Österreich) profitierten durch stark steigende Exporte in bestimmten Sektoren von der Globalisierung. Allerdings sei das Beschäftigungssystem durch den beschleunigten Strukturwandel erheblich unter Druck geraten, zumal der Globalisierungsprozess durch den informationstechnischen Fortschritt überlagert werde, der immer mehr einfache Tätigkeiten wegrationalisiert. So hat sich beispielsweise in Österreich seit Anfang der achtziger Jahre der Anteil der (zumindest einmal während eines Jahres) von Arbeitslosigkeit Betroffenen auf 23 Prozent aller Be-

schäftigten nahezu verdoppelt. Vor allem gering Qualifizierte, aber auch andere Problemgruppen des Arbeitsmarktes leiden unter dieser Entwicklung, betonte Walther.

Zurückdrängung des „Wohlfahrtsstaates“

Er setzte sich in der Folge kritisch mit der Sichtweise orthodoxer Ökonomen auseinander, die angesichts der genannten Tendenzen Gelassenheit und Geduld predigen würden, da ihres Erachtens langfristig alle, also auch die Beschäftigten in den „alten“ Industrieländern, von der neuen Arbeitsteilung profitieren könnten. Diese Richtung der Ökonomie spricht sich für „flexiblere“ Arbeitsmärkte, also einen Abbau sozialrechtlicher Schutzinstitutionen des Arbeitsmarktes (Kündigungsschutz, Arbeitslosenunterstützung etc.) aus, um Arbeitslose wieder rascher zur „Aufnahme von Arbeit zu motivieren“ und macht den „ausufernden“ Wohlfahrtsstaat dafür verantwortlich, dass sich strukturelle Arbeitslosigkeit verhärtet. Als Vorbild und als eine Art „Benchmark“-Modell würden die liberalen angelsächsischen Länder gesehen, obwohl Walther zufolge nach dem „Human Development Index“ der UNO sowie in vergleichenden Studien über die allgemeine Lebenszufriedenheit vor allem die kleineren europäischen Wohlfahrtsstaaten deutlich besser abschneiden würden.

Die Staaten mit höheren Sozialausgabenquoten erreichen zudem einen deutlich höheren Grad an Einkommensgleichheit. Und als Gegenargument zu der u.a. von der OECD und dem Internationalen Währungsfonds vertretenen Ansicht, dass die „liberaleren“ Staaten wegen ihrer Bereitschaft, mehr soziale Ungleichheit (als „Leistungsanreiz“) zu akzeptieren, beschäftigungspolitisch erfolgreicher seien, führt Walther ins Treffen, dass im Querschnittsvergleich von OECD-Ländern kein Zusammenhang zwischen der Höhe struktureller Arbeitslosigkeit und dem Anteil der Sozialausgaben am BIP oder gar der Einkommensersatzquote bei Arbeitslosigkeit feststellbar sei. Auch zwischen dem „Labour Freedom Index“ (einem von der Heritage Foundation in den USA erstellten Länderranking arbeitgeberfreundlicher Arbeitsgesetze) und der strukturellen Arbeitslosigkeit (auf Basis von OECD-Daten) lasse sich kein Zusammenhang erkennen. Walther beruft sich weiters auf eine mikroökonomische Studie von Zweimüller und Lalive (2003), die auf Basis personenbezogener Erwerbskarrieren aufzeige, dass sogar eine simultane Erhöhung der Einkommensersatzquote um 15 Prozent und eine Verlängerung der maximalen Bezugsdauer um 30 Prozent die Suchzeit eines Arbeitslosen nur um etwa drei Tage erhöhen würde; was,

so Walther, bei einer durchschnittlichen Suchzeit von etwa 100 Tagen (2006) ein „ökonomisch vernachlässigbarer Effekt“ sei.

Diese empirischen Befunde geben Walther Anlass zu der Vermutung, dass die Probleme des Arbeitsmarktes im Schatten der Globalisierung nur politisch instrumentalisiert würden, um ein Zurückdrängen des Wohlfahrtsstaates zu erreichen. Die politischen Voraussetzungen dafür seien gegenwärtig günstig: In den alten Industrieländern kam es durch Globalisierung, aber auch durch eine Hinwendung zu konservativen Doktrinen der Stabilitätspolitik, zu einer Stärkung der Verhandlungsmacht von Arbeitgebern gegenüber Gewerkschaften und Steuerstaat. Sinkende Anteile der Arbeitseinkommen an der Wertschöpfung sind die Folge, gleichzeitig würden die wachsenden Finanzierungslasten des Sozialstaates auf die schmaler werdende Mittelschicht der Arbeitnehmer/innen verlagert, was der politischen Entsolidarisierung zusätzlich Vorschub leiste.

Verteilungsungleichheit nimmt zu

Die verteilungspolitischen Konsequenzen dieser Entwicklung illustrierte Walther am Beispiel Deutschlands. Wie eine aktuelle Studie des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeige, „haben sich die durchschnittlichen realen Bruttoeinkommen der 0,0001 Prozent „Superreichen“ (ca. 40 Personen) zwischen 1992 und 2002 um mehr als 70 Prozent erhöht, während das Medianeinkommen innerhalb eines Jahrzehntes real um fünf Prozent gesunken ist. Gleichzeitig ist die effektive Steuerbelastung der Superreichen von 42,3 Prozent auf 32 Prozent gesunken, was bedeutet, dass die Nettoverteilung noch weit stärker auseinander driftet.“

Der Blick in die Zukunft fällt für Walther wenig optimistisch aus, denn der verstärkte Wettbewerb auf den Gütermärkten lässt die relativen Preise (einfacher) Industrieprodukte weiter sinken, während gleichzeitig aufgrund weltweit zunehmender Nachfrage die Energie- und Nahrungsmittelpreise steigen. Damit verschlechtern sich – in Umkehr eines Trends der Nachkriegszeit – die „Terms of Trade“ für die alten Industrieländer. Sogar bei einer noch so klugen und langfristig angelegten Wirtschaftspolitik könne eine Volkswirtschaft den negativen Wohlstandsfolgen einer solchen Verschlechterung nicht zur Gänze ausweichen, meint Walther: „Angesichts des ausufernden Standort- und Steuerwettbewerbs lässt sich unschwer prognostizieren, bei welchen Gruppen der Gesellschaft diese Verluste letztlich landen werden.“ Als gesellschaftspolitische Folgeerscheinungen befürchtet der

Ökonom einen Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen und ein Erstarken nationalistischer und protektionistischer Kräfte in Europa. Für umso wichtiger hält er es, die europäischen Institutionen zu stärken, um demokratisch legitimierte Handlungs- und Umverteilungsspielräume gegenüber dem vermeintlichen Diktat der Märkte zurückzuerobern.

Dominanz der Finanzmärkte

Für mehr politischen Einfluss auf die Globalisierung sprach sich auch *Dierk Hirschel*, der Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus. Er wies darauf hin, dass die Globalisierung kein neues Phänomen ist, es gab sie schon vor dem 1. Weltkrieg. Neu sei jedoch die Quantität und Qualität der internationalen Handels- und Investitionsströme. Diese haben sich zwischen Nordamerika, Europa und Asien-Pazifik verdichtet, globale Produktionsnetzwerke und Wertschöpfungsketten sind entstanden. Über ein Drittel des weltweiten Sozialproduktes basiert bereits auf einem System international integrierter Produktion. Mehr als zwei Drittel der globalen Direktinvestitionen gehen in Industrieländer.

Die globalen Finanzmärkte haben die Vorherrschaft über die Produktion erlangt. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte hat die Finanztransaktionen stark wachsen lassen. Unternehmen wurden zu Waren, Finanzinvestoren bestimmen über Managementstrategien, wobei kurzfristige Renditen im Mittelpunkt stehen. Das Ende des Systems von Bretton-Woods und der Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen führten zum System flexibler Wechselkurse. Die Folge: verschärfte Währungskonkurrenz und „kapitalmarktfreundliche“ Geld- und Finanzpolitik. Die schrittweise Öffnung der nationalen Arbeitsmärkte hat, so Hirschel, die Konkurrenz unter den Arbeitnehmer/innen verschärft. Die Migration unqualifizierter Arbeitskräfte erhöht den Lohndruck auf die Geringqualifizierten der Industrieländer. In den Schwellen- und Entwicklungsländern schwächt die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte deren wirtschaftliche Perspektiven. Allein Afrika verlor seit 1960 über ein Drittel seiner ausgebildeten Fachkräfte.

Gewinner der Globalisierung sind laut Hirschel die großen, exportorientierten Konzerne und Finanzdienstleister. Sie erschließen sich neue Märkte und profitieren von der Verschiebung des Kräfteverhältnisses von Arbeit und Kapital. Der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in den Industrieländern erhöht sich, als Folge nimmt prekäre und atypische Beschäftigung zu: die Arbeitszeiten steigen, die Löhne stagnieren.

Die Shareholder-Value-Orientierung vieler Kapitalgesellschaften verschärft den kurzfristigen Renditedruck und bremst das Wirtschaftswachstum, da steigende Gewinne nicht reinvestiert, sondern zur Pflege des Aktienkurses eingesetzt würden. In vielen westeuropäischen Industrieländern würden so die Grundlagen der Qualitätsproduktion – Aus- und Weiterbildung, Kollektivverträge, Innovationssystem – bedroht, während in den Schwellenländern dadurch der Prozess der Deindustrialisierung verschärft und die Anfälligkeit für Finanzkrisen erhöht würde.

Um diesen Entwicklungen gegenzusteuern, schlägt Hirschel *fünf Regeln zur politischen Gestaltung der Globalisierung* vor:

1. *Kooperation statt Standortkonkurrenz*: Politische Koordinierung – insbesondere in der Geld- und Finanzpolitik – sieht der DGB-Ökonom als einzige Alternative zur ruinösen Standortkonkurrenz der Nationalstaaten. In der Steuerpolitik gelte es, den Steuersenkungswettbewerb zu stoppen.
2. *Bessere Regeln für den Arbeitsmarkt*: Nicht Lohnsenkungen und ein erhöhter Druck auf Arbeitssuchende, sondern eine expansive Bildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik seien die richtigen Antworten auf die rückläufige Nachfrage nach einfacher Arbeit.
3. *Bessere Regeln für Kapitalmärkte*: Die Finanzmärkte sollen wieder langfristige Realinvestitionen finanzieren. Spekulative Finanzströme sollten besteuert werden (Tobintax, Börseumsatzsteuer), Offshore-Zentren sollten geschlossen und Hedgefonds reguliert werden.
4. *Handelspolitik muss Entwicklung fördern*: Die Nord-Süd-Handelspolitik sollte im Interesse der Entwicklungs- und Schwellenländer stärker asymmetrisch ausgerichtet werden. Die Durchsetzung von Kernarbeitsnormen im internationalen Handel würde die wirtschaftlichen Perspektiven der Entwicklungsländer verbessern.
5. *Gewerkschaftspolitik muss sich internationalisieren*: Die marktliberale Globalisierung braucht eine gewerkschaftliche Gegenmacht. Daher müssten betriebliche Spaltungslinien überwunden und die Tarif- und Mitbestimmungspolitik internationalisiert werden.

Quelle: Arbeiterkammer OÖ, Kommunikation: Verteilungsgerechtigkeit im Schatten der Globalisierung. Unterlagen zum Pressegespräch am 27. Juni im Presseclub Linz

Eine faire Chance

Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung verhilft mit gemeinnützigem Personalleasing arbeitslosen Menschen zu einem Arbeitsplatz.

Vor 14 Jahren startete die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz mit JONA-Personalservice einen gemeinnützigen Personalleasingbetrieb. Ziel war und ist es, arbeitslose Menschen langfristig in Firmen zu integrieren. Seit 1994 konnten mehr als 400 Menschen auf einen Arbeitsplatz vermittelt werden.

Heuer konnten bereits 20 Menschen in Beschäftigung gebracht werden. Für diese Menschen ist dank der Bemühungen der Arbeitslosenstiftung die Zeit der Arbeitslosigkeit vorbei. Christian Winkler, Geschäftsführer: „Bei jeder Hilfeleistung ist es das besondere Anliegen der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung, Arbeit suchende Menschen möglichst konkret zu unterstützen. Den Weg in ein passendes Erwerbsarbeitsverhältnis zu ebnen wird hier konkret verwirklicht. Wir suchen noch mehr Betriebe, die längere Zeit arbeitslosen Menschen eine Chance geben wollen.“

Zweifache Unternehmensphilosophie

Als sozialer Dienstleister vertritt JONA-Personalservice eine zweifache „Unternehmensphilosophie“: Den Mitarbeitern gegenüber versucht man, ein ausgesprochen fairer Dienstgeber zu sein, gleichzeitig wird auf

den Nutzen für die Betriebe geachtet. Dadurch werden Türen geöffnet, denn viele Unternehmen scheuen das Risiko, Menschen mit „Vermittlungshemmnissen“ direkt einzustellen.

JONA-Personalservice bietet den Unternehmen eine bedarfsgerechte Personalauswahl und die Möglichkeit des risikofreien Kennenlernens der MitarbeiterInnen. Durch sorgfältige Abstimmung des Personalbedarfs mit den Fähigkeiten und Möglichkeiten der LeasingarbeiterInnen wird für einen guten Einstieg für beide Seiten gesorgt. JONA arbeitet mit Firmen aus den verschiedensten Bereichen, wie Produktion, Grünraumpflege, Bau- und Renovierung, Montage, Büro, Holz- und Metallverarbeitung, zusammen.

Gelungene Integration

Arbeitssuchende Menschen, die aufgrund von körperlichen oder psychischen Handicaps oder wegen ihrer Herkunft, ihres Alters, ihrer Ausbildung „Vermittlungshemmnisse“ haben, erhalten bei JONA eine faire Chance. Die BeraterInnen begegnen ihnen wertschätzend und bemühen sich um eine Vermittlung. Auch jenen, für die ein passender Arbeitsplatz gefunden werden konnte, steht JONA bei Schwierigkeiten unterstützend zur Seite.

Konkret kann das so aussehen: Ein Mann, Maurer von Beruf, hat Beziehungsprobleme. Nennen wir ihn Herrn B. Er ist Alkoholiker, wird arbeits- und obdachlos. Nach einem Entzug findet er Aufnahme in der Wohngemeinschaft für Entwöhnte. Von dort kommt Herr B. auf der Suche nach Arbeit zu JONA-Personalservice – er ist entschlossen, wieder zu arbeiten.

Zunächst kann er als Hilfsarbeiter bei Grabungsarbeiten eingesetzt werden. Dann gelingt es, für ihn eine Leasingstelle in seinem erlernten Beruf als Maurer zu finden. Er schafft es in dieser Zeit, wieder zu einer eigenen Wohnung zu kommen und seine Schulden zu regeln. Als er wegen eines Unfalls für etwa zwei Monate ausfällt, trägt ihn JONA durch diese Zeit. Vor ca. einem halben Jahr wurde Herr B. nun vom Beschäftigterbetrieb ins Stammpersonal übernommen. Er hat dort einen fixen Posten als Maurer und sein Leben wieder im Griff.



Das Team von JONA-Personalservice (von links): Martina Pelz-Burger, Klaus Wögerer und Inge Andexlinger

Innovative Wege für die Zukunft

Neben klassischem „Integrationsleasing“ beschreibt JONA auch andere Wege. Im Reinigungsbereich werden mehrere (kleine) Arbeitsstellen zusammengefasst und von einer Person übernommen, die bei JONA nur ein Dienstverhältnis hat. Aus verschiedenen prekären Dienstverhältnissen wird dadurch ein guter Normalarbeitsplatz. Auch langfristige Insourcing-Projekte

werden durchgeführt, beispielsweise das Projekt „Papierloses Büro“. Hier wurden über mehrere Jahre hinweg in den Regionalbüros eines Energieversorgers MitarbeiterInnen von JONA in der Datendigitalisierung eingesetzt.

Quelle: Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

Freiwilligenarbeit in Österreich

Über drei Millionen Österreicherinnen und Österreicher sind in der Freiwilligenarbeit aktiv. Freiwilliges Engagement lässt sich vor allem in der Nachbarschaftshilfe, im Kunst- und Kulturbereich, bei Sportvereinen und bei religiösen Einrichtungen sowie den Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten beobachten.

Freiwilligenarbeit ist eine Leistung, die freiwillig und ohne Bezahlung für Personen außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht wird. Damit ist die im eigenen Haushalt geleistete unbezahlte Haus- und Familienarbeit nicht einbezogen. Ebenso sind Tätigkeiten wie z.B. der Präsenz- und Zivildienst oder auch die bloße Mitgliedschaft in einem Verein (ohne eigene Leistung) in dieser Definition nicht enthalten.

Es wird zusätzlich zwischen formeller und informeller Freiwilligenarbeit unterschieden. Unter formeller Freiwilligenarbeit versteht man Aktivitäten, die im Rahmen von Organisationen oder Vereinen erfolgen (z.B. Tätigkeiten bei der Feuerwehr). Informelle Freiwilligenarbeit (z.B. Einkaufen, Kinderbetreuung), oft auch Nachbarschaftshilfe genannt, erfolgt auf persönliche Initiative, jedoch ohne institutionellen Rahmen.

44 Prozent der über 15-jährigen Österreicherinnen und Österreicher leisten in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit (formelle und/oder informelle). Das entspricht in absoluten Zahlen rund drei Millionen Menschen. Davon sind rund 1,9 Millionen in Vereinen oder Organisationen, also in der formellen Freiwilligenarbeit, tätig. Ebensoviele Personen betätigen sich informell in der Nachbarschaftshilfe. Rund 800.000 Personen sind doppelt, also informell und formell in der Freiwilligenarbeit aktiv.

Breite Palette an Tätigkeitsfeldern

Rund 1,9 Millionen Personen, das sind 27 Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher, geben an, im informellen Bereich aktiv zu sein. In diesen Bereich fällt die Nachbarschaftshilfe oder auch Hilfe für Verwandte und Freunde außerhalb des Haushalts.

Bei den freiwillig Tätigen im formellen Bereich (28% aller Befragten) wurden weiters die Bereiche ihrer Aktivität genauer abgefragt. Mit über einer halben Million freiwillig Tätiger stellt der Bereich „Kunst, Kultur, Unterhaltung und Freizeit“ das wichtigste Tätigkeitsfeld dar. Der Bereich „Sport und Bewegung“ ist mit rund 470.000 freiwillig Tätigen ebenso von hoher Relevanz, gefolgt vom kirchlich/religiösen Bereich und den Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten. Männer betätigen sich überdurchschnittlich häufig in den Bereichen „Sport und Bewegung“ und bei den Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten. Frauen sind verstärkt im kirchlich/religiösen Bereich und in der Nachbarschaftshilfe aktiv. Im Kunst- und Kulturbereich zeigen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Im Schnitt erbrachten freiwillig tätige Personen einen Zeiteinsatz von 3,9 Stunden pro Woche für die Freiwilligenarbeit. Im informellen Bereich liegt der Zeiteinsatz etwas höher bei 4,3 Stunden pro Woche. Bei der formellen Freiwilligenarbeit im Kunst- und Kulturbereich liegt die durchschnittliche Stundenzahl bei 4,1 Stunden, im Sport- und Bewegungsbereich bei 3,5 Stunden, bei den kirchlich/religiösen Einrichtungen bei 3,0 Stunden und bei den Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten bei 4,6 Stunden.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Zwischen Männer und Frauen lassen sich leichte Unterschiede in der Beteiligung bei der Freiwilligenarbeit feststellen. So beträgt der Anteil der in irgendeiner Form freiwillig tätigen Männer rund 47 Prozent und jener der Frauen liegt etwas niedriger bei 41 Prozent. Eine Betrachtung der Freiwilligenquote nach der

Unterscheidung zwischen formeller und informeller Freiwilligenarbeit zeigt, dass sich Männer stärker in der formellen Freiwilligenarbeit, also in Vereinen und Organisationen engagieren, währenddessen Frauen etwas häufiger in der informellen Freiwilligenarbeit tätig sind (z.B. Nachbarschaftshilfe).

Erwerbstätige Personen (inklusive Lehrlinge) sind überdurchschnittlich häufig freiwillig tätig (49%). Nicht erwerbstätige Personen, also Arbeitslose bzw. Pensionistinnen und Pensionisten, engagieren sich weniger häufig (ca. 35%). Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich bei der Gruppe der Arbeitslosen. Hier sind arbeitslose Frauen relativ häufiger freiwillig aktiv (42%) als arbeitslose Männer (30%).

Besonders hohe Freiwilligenquoten (rund 50%) lassen sich bei der Gruppe der Schülerinnen und Schüler bzw. der Studierenden beobachten. Neben ihrer Ausbildung leistet fast die Hälfte noch zusätzlich Freiwilligenarbeit.

Freiwilligenarbeit nimmt erst im hohen Alter ab

Betrachtet man das Engagement in der Freiwilligenarbeit nach Altersgruppen, so zeigt sich, dass vor allem die 20- bis 24-Jährigen sowie die 40- bis 59-Jährigen überdurchschnittlich häufig freiwillig tätig sind (Freiwilligenquoten von rund 47% bis 50%). Aber auch die 15- bis 19-Jährigen sowie die Personen zwischen 25 und 39 Jahren liegen bei ihren Freiwilligenquoten um den Durchschnitt von 44 Prozent. Erst ab dem 70. Lebensjahr zeichnet sich ein abnehmender Trend ab, der bei Frauen stärker ist als bei Männern.

Die abgeschlossene Bildung spielt beim Engagement in der Freiwilligenarbeit eine relevante Rolle. Von den befragten Personen mit Pflichtschulabschluss war rund ein Drittel freiwillig tätig. Bei den Akademikerinnen und Akademikern steigt hingegen der Anteil der freiwillig Tätigen auf rund 54 Prozent. Vor allem Absolventinnen und Absolventen von hochschulverwandten Lehranstalten (Pädagogische Akademien, Sozialakademien) sind zu rund 60 Prozent freiwillig tätig.

Beteiligung an Freiwilligenarbeit in den Städten niedriger

Ein Vergleich nach Bundesländern zeigt vor allem einen Ausreißer. Die Wienerinnen und Wiener sind mit einer Freiwilligenquote von rund 35 Prozent besonders selten freiwillig tätig. Spitzenreiter sind die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher (49%),

gefolgt von den Tirolerinnen und Tirolern (48%) und annähernd ex aequo auf Rang 3 den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern sowie den Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern.

Der Urbanisierungsgrad, gemessen an der Bevölkerungsdichte, spielt eine Rolle bei der Beteiligung an Freiwilligenarbeit. Je höher die Bevölkerungsdichte einer Region ist, in der eine Person lebt, desto niedriger ist die Aktivität in der Freiwilligenarbeit. In Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte sind rund 48 Prozent der Personen in der Freiwilligenarbeit aktiv, wohingegen in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte nur rund 37 Prozent eine Freiwilligenarbeit ausüben.

Motive für freiwilliges Engagement

Befragt nach den Beweggründen für das Engagement in der Freiwilligenarbeit, antworteten über 90 Prozent der Befragten mit „Es macht mir Spaß“. Weitere Motive waren der Dienst am Nächsten und die Förderung des Gemeinwohls, die Knüpfung und Aufrechterhaltung sozialer Kontakte und die Einbringung der eigenen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen.

Jene Personen, die keine Freiwilligenarbeit leisten, wurden nach den Gründen gefragt, warum dies so ist. Rund 70 Prozent gaben an, durch familiäre Aufgaben ausgefüllt zu sein. Weitere Motive waren die Vereinbarkeit mit dem Beruf oder auch Erklärungen wie „Ich bin niemals gefragt oder gebeten worden“ bzw. „Darüber habe ich nie nachgedacht“.

Beachtliches Arbeitsvolumen

Zur Abschätzung des Arbeitsvolumens der freiwillig Tätigen wurden die durchschnittlich pro Woche geleisteten Stunden mit der Zahl der freiwillig Tätigen multipliziert. Dadurch erhält man ein Arbeitsvolumen von über 18 Millionen Arbeitsstunden pro Woche. Dies entspricht 13 Prozent des wöchentlichen Arbeitsvolumens aller Erwerbstätigen bzw. 16 Prozent des wöchentlichen Arbeitsvolumens aller unselbstständig Erwerbstätigen. Laut Mikrozensus (4. Quartal 2006) betrug die tatsächlich geleistete Arbeitszeit eines Erwerbstätigen im Schnitt 35,3 Stunden pro Woche. Wird das Arbeitsvolumen der freiwillig Tätigen durch diese Stundenzahl dividiert, kommt man zu dem Resultat, dass rund eine halbe Million Erwerbstätige notwendig wären, um das Arbeitsvolumen, das freiwillig Tätige leisten, zu bewältigen.

Quelle: Statistik Austria, Pressemitteilung vom 21.01.2008

Alexander Mitscherlich – Leben und Werk

Seine Bücher "Die Unfähigkeit zu trauern" und "Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft" haben ihn zu einem Klassiker gemacht: Alexander Mitscherlich (1908-1982). Der Psychoanalytiker gehörte zu den bedeutendsten kritischen Intellektuellen der 1960er Jahre in der Bundesrepublik und war eine Ikone der Studentenbewegung. Seit den siebziger Jahren geriet er allerdings zunehmend in Vergessenheit. Tobias Freimüller, Historiker an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, hat Leben und Werk Mitscherlichs im Rahmen seiner Doktorarbeit untersucht, die vor kurzem als Buch veröffentlicht worden ist.

Alexander Mitscherlich stammte aus einem großbürgerlichen, monarchistisch gesinnten Elternhaus. Er studierte zunächst Geschichte, später Medizin und wurde in Heidelberg bei Viktor von Weizsäcker zum Neurologen ausgebildet. Wie kam es dazu, dass Mitscherlich in den sechziger Jahren als "linker" Professor und akademischer "Vater" der Protestbewegung von 1968 wahrgenommen wurde? Mitscherlichs Lebensthema war die Frage nach der "Massenpsychologie", sagt Freimüller. Das Erlebnis des Nationalsozialismus hatte für Mitscherlich erwiesen, dass moderne Gesellschaften anfälliger für ideologische Verführung waren, je mehr traditionelle Werte und Normen an Bedeutung verloren.

Diese Sorge, konstatiert Freimüller, teilte Mitscherlich mit vielen konservativen Kulturkritikern. Als Psychoanalytiker konnte er allerdings eine Zukunftsperspektive formulieren: Die individuelle Selbsterziehung zur kritischen Mündigkeit. Damit war Mitscherlich seit den frühen sechziger Jahren sehr anschlussfähig an den Zeitgeist. Aber auch als Person wurde er zur Identifikationsfigur für viele Jüngere. Mitscherlich war als einer der wenigen seiner Generation politisch unbelastet. Er war eine faszinierende Persönlichkeit und er hatte keine Scheu, sich als kritischer Geist öffentlich zu aktuellen Problemen zu äußern. Mit der Diagnose einer "Unfähigkeit zu trauern", legte er den Finger in die Wunde der von den Deutschen nach 1945 lange "verdrängten" NS-Vergangenheit.

"Mitscherlich setzte große Hoffnungen in die protestierende studentische Jugend", sagt Freimüller. "Sie versprach die Selbsterziehung zur Mündigkeit tatsächlich zu vollziehen." Später folgte allerdings die große Enttäuschung. Die Protestbewegung schien ihm ihrerseits in Ideologie abgeglitten zu sein. "Mitscherlichs Thesen, vor allem die Titel seiner Bücher,

lieferten eine Selbstbeschreibung der Gesellschaft der sechziger Jahre", sagt Tobias Freimüller. "Die Unfähigkeit zu trauern", die "vaterlose Gesellschaft" und die "Unwirtlichkeit der Städte" wurden zu Schlagworten, die auch von denen benutzt werden konnten, die die Bücher Mitscherlichs gar nicht gelesen hatten.

*Tobias Freimüller: Alexander Mitscherlich
Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler
Wallstein Verlag Göttingen 2007
480 Seiten, EUR 39,00 (D)*

Marienthal revisited

Als die traditionsreiche Textilfabrik Marienthal 1929/30 geschlossen wurde, führte dies zu einer sozialen Katastrophe für die angeschlossene Arbeiterkolonie: Rund 80 Prozent der Bevölkerung litten unmittelbar unter den Folgen von Arbeitslosigkeit und waren auf soziale Unterstützung angewiesen. Die Reaktion der Betroffenen auf diese durch Armut, Arbeits- und Perspektivenlosigkeit geprägte Situation und deren Folgen für den Einzelnen wie die Gemeinschaft waren Thema der zum Klassiker der empirischen Sozialforschung avancierten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ und bilden auch Impuls und Ausgangspunkt für das vorliegende Buch.

Der Grazer Soziologe Reinhard Müller beschäftigt sich im historischen Teil mit der Genese des Bauerndorfes, der Entwicklung der im frühen 19. Jahrhundert entstandenen Industriegemeinde, mit der Entfaltung einer frühen Pendlergemeinde nach der Fabrik-schließung bis hin zur Wiederentdeckung Marienthals seit den 1970er-Jahren. Im Zentrum steht die ausführliche Darstellung des kulturellen, politischen und sozialen Lebens in Marienthal.

Im zweiten Teil analysiert Müller die Entstehung, Durchführung und Rezeption der Marienthal-Studie, im dritten Teil sind Interviews aus den 1980er-Jahren des Grazer Soziologen Christian Fleck mit "Zeitzeugen" veröffentlicht: Gesprächspartner waren die Autorin des Haupttextes Marie Jahoda, Gertrude Wagner, damalige Angestellte der Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle (Projekttträger der Studie) und an der Bearbeitung des Materials beteiligte Mitarbeiterin, sowie Lotte Schenk-Danzinger, die die Hauptarbeit bei der Feldforschung leistete.

*Reinhard Müller: Marienthal
Das Dorf - Die Arbeitslosen - Die Studie
Studienverlag Innsbruck u.a. 2008
424 Seiten, EUR 39,90*

Alltag in der Pflege – Wie mach(t)en sich Pflegende bemerkbar?

Seit 1992 findet alle zwei bis drei Jahre ein Internationaler Kongress zur Geschichte der Pflege statt, der abwechselnd in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland durchgeführt wird. Der nunmehr achte Kongress in dieser Reihe beschäftigt sich heuer mit der Alltagswelt der Pflegenden und deren Veränderungen im Laufe der Zeit.

Termin: 11. – 12. September 2008
Ort: Hotel Steigenberger Esplanade Jena, Carl-Zeiss-Platz 4, D 07743 Jena
Information/Kontakt: stephan.dorschner@fh-jena.de; www.fh-jena.de

Neoliberalismus

Karl-Heinz Brodbeck von der Universität Würzburg referiert im Rahmen einer Vortragsreihe zu Geschichte und Wirkung marktradikalen Denkens über "Neoliberalismus: die globale Macht einer destruktiven Denkform".

Termin: 24. September 2008, 19.00 Uhr
Ort: Volkshochschule Linz, Wissensturm

Zuwanderung als Herausforderung für die Erwachsenenbildung

Die diesjährige Enquete der ARGE Erwachsenenbildung beschäftigt sich mit den Herausforderungen, die sich für die Anbieter von Erwachsenenbildung durch Zuwanderung ergeben. Wie kann die Zielgruppe der Zuwanderer/Zuwanderinnen erreicht werden? Was sind ihre spezifischen Bedürfnisse und Interessen im Bereich Erwachsenenbildung? Wie müssen die Angebote konkret aufgebaut sein, damit sie für diese Zielgruppe attraktiv sind? Auf diese und andere Fragen versucht die Enquete Antworten zu geben.

Termin: 25. – 26. September 2008
Ort: Montfortsaal, Landhaus Bregenz (25.9.), Hotel Mercure Bregenz (26.9.)
Information/Anmeldung: Stefan Fischnaller, E-Mail: stefan.fischnaller@vol.at, Tel. 05523 55150-0.

Outsourcing, Verlagerung, Internationalisierung

Fachgespräch zur Arbeitsforschung mit Jörg Flecker, Ursula Holtgrewe und Hubert Eichmann (FORBA) über aktuelle Tendenzen der Umstrukturierung und die Qualität der Arbeit.

Termin: 30. September 2008, 16.30 – 18.00 Uhr
Ort: FORBA-Seminarraum, Aspernbrückengasse 4/5, 1020 Wien
Anmeldung: office@forba.at

Fainess für Süd und Nord. Eine globale Vision?

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Fanz Fischler (EU-Kommissar a.D., Präsident Ökosoziales Forum) und Dr. Bruno Miteyo (Direktor Caritas Kongo, Vizepräsident Caritas Afrika). Moderation: Dr. Christine Haiden.

Termin: 30. September 2008, ab 18.00 Uhr
Ort: Oberbank Forum, Untere Donaulände 28, 4020 Linz
Anmeldung: Caritas Auslandshilfe, Tel. 0732/7610-2161, Mail: auslandshilfe@caritas-linz.at

Networking Inter Cultures 2008

Interdisziplinäre Fachtagung für Anbieter interkultureller Weiterbildungen

Die Nachfrage nach interkultureller Ausbildung hat zu einer vermehrten Anzahl von Angeboten, sowohl in akademischen als auch praxisorientierten Formaten, geführt. Die Veranstaltung soll einen Überblick über die Community interkultureller AusbilderInnen in Österreich geben. Die fachliche Vernetzung von Institutionen und Per-

sonen, die Weiterbildung zum Thema Interkulturalität anbieten, und dadurch eine qualitative Weiterentwicklung der Lehre in den interkulturellen Studien in Österreich sollen ermöglicht werden.

Termin: 30. September bis 1. Oktober 2008
Ort: Donau-Universität Krems, 3500 Krems, Dr. Karl Dorrek-Str. 30
Anmeldung: Fr. Sandra Lagler, Tel. 02732 893-2568, Mail: sandra.lagler@donau-uni.ac.at
Programminformation: www.donau-uni.ac.at/de/department/wbbm/veranstaltungen

Train-the-Trainer-Workshop: Kultur ist politisch

Als Beitrag zur Didaktik einer interkulturell orientierten politischen Erwachsenenbildung hat die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) ein zweitägiges Trainingsprogramm entwickelt. Es bietet erfahrungsorientierte, biografische und sensibilisierende Übungen sowie Raum für Reflexion über den politischen Aspekt der Interkulturalität an. Zielgruppen sind ErwachsenenbildnerInnen, Deutsch als Fremdsprache-LehrerInnen und MitarbeiterInnen von NGOs.

Termin: 9. bis 10. Oktober 2008, jeweils 9.00 bis 17.00 Uhr
Ort: VHS Ottakring, Ludo-Hartmann-Platz, 1160 Wien
Anmeldung: Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, Mayerhofgasse 6/3, 1040 Wien, Tel. 01 504 68 58, Mail: gesellschaft@politischebildung.at

Enquete „Prekäre Zeiten“

Die von der Allianz für den freien Sonntag Österreich in Kooperation mit dem Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz veranstaltete Enquete „Prekäre Zeiten“ bietet eine umfassende Sicht auf die zunehmende Entgrenzung von Arbeit und freier Zeit. Dies betrifft vor allem Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Sie können weder am Zeitwohlstand noch am materiellen Wohlstand teilhaben – ein europaweites Problem, wie die Tagung zeigen wird.

Termin: 14. Oktober 2008, 10.00 bis 16.30 Uhr
Ort: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) Stubenring 1, 1010 Wien
Programm: www.freiersonntag.at (ab September)

Enquete „arbeitslos, krank, alt & weiblich – drei sichere Wege in die Armut“

Die Europäische Kommission hat das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ernannt. Laut Europäischem Rat von Lissabon sollen bis dahin Armut und soziale Ausgrenzung deutlich reduziert werden. Das Armutsnetzwerk OÖ fordert bei der Veranstaltung diesbzgl. eine Bestandsaufnahme ein.

Termin und Ort: 22. Oktober 2008, Neues Rathaus Linz
Anmeldung: office@sozialplattform.at

Linzer Forum 08: Gesundheitssystem im sozialen Kontext

Das Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik und die Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Gesundheitsforschung der JKU, das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Linz (AKh) und die OÖ Gebietskrankenkasse veranstalten eine jährlich stattfindende Tagung. Thema der Veranstaltung 2008 ist das „Gesundheitssystem im sozialen Kontext“. Finanzierbarkeit und soziale Aspekte des Gesundheitswesens, öffentliche versus private Verantwortlichkeiten und die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und Gesundheit werden durch internationale und nationale Vortragende beleuchtet und in Diskussionen reflektiert.

Termin: 23. Oktober 2008, ab 9.30 Uhr
Ort: AKh der Stadt Linz, Medizinisches Ausbildungszentrum
Information/Kontakt: Mail: LinzerForum08@jku.at; Web: www.linzer.at/akh/LinzerForum09.asp

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453